

BLICKPUNKT

Ausgabe DEZEMBER 2023

SENDEN

www.cdu-senden.de



CDU Senden

Die CDU der Gemeinde Senden informiert



Kleinod mit Sanierungsbedarf – die Venner Kirche

Neuer Wohnraum für Ottmarsbocholt – Baugebiet Hörskén

Zentralmensa im Schulpark Senden – Planungsstand

Windenergie in Bösensell – Bau der ersten Anlagen

Inhaltsverzeichnis	2	
Editorial		
2023 – ein weiteres Jahr geprägt von Krieg, Terror und Krisen	3	
CDU-Ratsfraktion		
Anträge der CDU Fraktion 2023	4	
Vorwort der CDU Ratsfraktion	5	
Gastbeitrag Handelsstrukturen in Deutschland		
Kritische Situation für Obst- und Gemüsebauern	6 – 7	
Gemeindeverband Senden		
Besuch aus Jessen – Die langjährige Partnerschaft lebt	9 – 10	
Dietmar Panske auf Tour durch Senden –		
Konstruktiver Dialog in Kitas und Pflegeeinrichtungen	11	
St. Johannes der Täufer – ein Kleinod in der Venne mit Sanierungsbedarf	12 – 13	
Ministerin Ina Scharrenbach mit der Frauen Union NRW auf Info-Tour durch Senden	15	
Ortsverband Senden		
Veranstaltungen und Aktivitäten des Sendener Ortsverbandes	16 – 17	
Junge Union News		18 – 19
Eugen Cekanin – viel mehr als ein Hausmeister	20	
Fußgängerzone Herrenstraße	21	
CDU-Kreisverband		
Am Israel Chai – Das Volk Israel lebt	23	
Gemeinde Senden		
Eine Zentralmensa für unseren Schulpark	25	
Ortsverband Bösensell		
Die Demokratie: Ein Wert, für den es sich zu kämpfen lohnt		
Ein Blick auf unsere Werte und ein Aufruf	26 – 27	
Die CDU AnsprechBAR vor Ort in Bösensell	28	
Durch wechselnde Winde zur CO ₂ -Neutralität	29	
Ortsverband Ottmarsbocholt-Venne		
Neues aus dem Bezirksausschuss	30	
Baugebiet Hörskes – Eine gute Entwicklung für Ottmarsbocholt	31	
Senioren-Union		
Senioren-Union mit neuem Vorstand und Beirat – Wahl vom 08.05.2023	33	
Gibt es in Senden und in den Ortsteilen einsame Menschen?	34	
Besuch der Tagespflege am Grete-Schött-Ring	35	
Kreis Coesfeld		
Der Landrat äußert sich zu aktuellen Themen aus dem Kreishaus	36 – 37	
Aus dem EU-Parlament		
Klimaoptimismus statt Weltuntergang	38 – 39	
Aus der NRW-Landespolitik		40 – 41
Aus der Bundespolitik		42 – 43

Impressum:

Ausgabe: DEZEMBER 2023

Herausgeber:

CDU-Gemeindeverband Senden
(www.cdu-senden.de)

Verantwortlich:

Günter Mondwurf
Erlengrund 290
48308 Senden

Redaktion & Gestaltung:

Günter Mondwurf, Dr. Axel Hengstermann,
Günter Wierling, Prof. Dr. Martin Lühder,
Gaby Vogdt, Hartwig Treckmann,
Klemens Rave

Anzeigen:

Klemens Rave
Tel.: 02598 / 98850
info@druckerei-rave.de

Druck:

H. Rademann GmbH Print + Business Partner
Baumschulenweg 1
59348 Lüdinghausen
Internet: www.rademann.de
Auflage: 8.600 Exemplare

Konten der CDU Senden:

Volksbank Senden eG,
DE97 4006 9546 0000 1249 00
Sparkasse Westmünsterland,
DE54 4015 4530 0009 5569 78

Quellenangaben zu Bildern und Fotos: (soweit nicht am Bild oder im Text genannt)

Eckhard Scholz, Titelfoto

CDU GV Senden



www.cdu-senden.de



CDU Senden

Kommunalpolitik, wie wir sie verstehen, lebt von der manchmal auch kontroversen Diskussion. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Sichtweise des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Liebe Sendener Mitbürgerinnen und Mitbürger,

erneut gerät unsere Welt in Unordnung. Der blutige Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober schockiert uns alle. Das menschenverachtende Abschlachten unschuldiger Zivilisten durch die palästinensische Terrorgruppe kann nur Abscheu erzeugen! Mit der auf einem Festival getöteten jungen Shani Louk gibt es bereits jetzt eine Symbolfigur für die zahlreichen jüdischen Opfer. Was mich persönlich und wohl uns alle umtreibt ist, dass nun auch in unserem Land eine neue Dimension des Hasses gegenüber unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu spüren ist. Es kann nicht hingenommen werden, dass hier nicht wenige – meist islamistische Sympathisanten – des palästinensischen Terrors unsere Demokratie und unsere freiheitliche Grundordnung ablehnen, ja unsere Art zu leben bekämpfen. Menschen, die u.a. in Berlin den Mord an unschuldigen Menschen feiern, haben sich aus unserem gesellschaftlichen Miteinander ausgegrenzt. Diese gefährliche Parallelgesellschaft agiert ohne Skrupel auf unseren Straßen, was nicht ohne Konsequenzen bleiben darf.

Die politisch Verantwortlichen aller demokratischen Parteien sollten hier mittlerweile den notwendigen Handlungsbedarf erkannt haben und nicht mehr wegschauen. Reine Solidarbekundungen für Israel reichen hier allein nicht mehr. Menschen, die unsere freie, tolerante Gesellschaft verachten, gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Der Antisemitismus in allen Ausprägungen darf sich gerade in Deutschland nicht wiederholen.

Jüdinnen und Juden müssen hier ohne Angst ihrem gewohnten Leben in aller Öffentlichkeit nachgehen können. Ein Blick in unsere Geschichte sollte uns alle wachrütteln! Mit großer Betroffenheit müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass leider auch in unserer Partnerstadt Senden an der Iller ein jüdisches Geschäft mit Steinen beworfen wurde.

Das Thema **Migration** beschäftigt zudem unsere Gesellschaft und belastet mittlerweile nicht nur den sozialen Frieden. Das wichtige Asylrecht, im Artikel 16a unseres Grundgesetzes verankert, darf dabei von seinem ursprünglichen Gedanken her nicht ausgehöhlt werden. Den illegalen Zugang von Migranten gilt es aber mit nationalen und europäischen Lösungen zu stoppen. Dieses ist dringender denn je. In den Städten und Kommunen fehlt es mittlerweile an Wohnraum. Zudem können sie ohne massive Hilfen des Bundes die finanziellen und wohnungswirtschaftlichen Belastungen kaum mehr stemmen. Beispielsweise müssen wir in Senden aktuell rund 600.000 € aus dem Gemeindeetat für ca. 60 abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber aufwenden, ohne dass hier finanzielle Erstattungen in Aussicht stehen. Dass beispielsweise abgelehnte Asylbewerber aus Marokko, Algerien und Tunesien nicht zurückgeführt werden können, liegt u.a. auch an einer Blockadehaltung der Grünen im Bundesrat, da sie diese immer noch nicht als sichere Herkunftsländer ansehen.

Im Mikrokosmos unserer Gemeinde beschäftigen uns aktuell zahlreiche, zukunftsweisende Herausforderungen. Beispielsweise verhindert der **vorliegende Entwurf des**

Regionalplans massiv eine zukunftsorientierte Entwicklung Sendens, was wir als CDU nicht mittragen können und werden. Die vorgesehene massive Kürzung des ursprünglichen Flächenansatzes für die wohnbauliche Entwicklung Sendens in den kommenden Jahren von 51 Hektar auf 17 Hektar lässt sich mit der realen Bedarfslage nach geeignetem Wohnraum absolut nicht vereinbaren. Der Kreistag und auch der Gemeinderat appellierten bereits mit sehr konkreten Begründungen an die Bezirks- und Landesregierung, die derzeitigen Planungen zu überdenken. Alle Entscheidungsträger müssen sich klar vor Augen halten, dass wir hier nun einmal in der Stadtregion Münster leben und die entsprechend hohe Nachfrage nach Wohnraum gegeben ist. Unseren Bürgerinnen und Bürgern in Senden keine hinreichenden Wohnbauperspektiven zu bieten, ist geradezu fahrlässig. Im zukünftigen Baugebiet Hörsken in Ottmarsbocholt sind in diesem Kontext bereits erste Konsequenzen in Form einer Flächenreduktion um 2 Hektar zu konstatieren. Einen generellen Verzicht auf den Bau von Einfamilienhäusern wird es mit der CDU nicht geben. Es ist dabei schon bemerkenswert, wenn grüne Sendener Ideologen diesen Verzicht einfordern und dabei in ihren Einfamilienhäusern wohnen. Das hat doch ein Geschmäcke. Bei der künftigen Ausgabenpolitik unserer Gemeinde erwarte ich im Interesse einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik, die Senden über Jahrzehnte geprägt und stark gemacht hat, eine ehrliche Prüfung der im neuen Haushalt geplanten Ausgaben. Wir müssen lernen wieder zu sparen! Der Haushalt 2024 weist nach derzeitigem Infostand ein deutliches Minus aus. Hinzu kommen noch rund 6 Millionen Euro Kosten im „Schattenhaushalt“ zur Bewältigung der Coronakrise und der Kosten für die Ukraine-Flüchtlinge, die wir dabei nicht vergessen dürfen. Unsere freiwilligen Leistungen an die vielen engagierten Vereine und Einrichtungen gilt es nicht zu gefährden. Daher sind weiterhin Maß und Mitte bei der Haushaltsplanung gefordert.

Abschließend bitte ich Sie herzlich, auch in diesem Jahr die Sendener Tafel mit einer Sach- oder Geldspende zu unterstützen. Diese wichtige Arbeit der Ehrenämter für einen bedürftigen Personenkreis verdient großen Respekt und hilft vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde.

Abschließend wünsche ich allen Leserinnen und Lesern trotz der Kriege und des Terrors ein hoffentlich besinnliches, schönes Weihnachtsfest und ein friedvolles 2024.

Bleiben sie zuversichtlich.

Herzliche Grüße

Ihr Günter Mondwurf,

CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender



Anträge der CDU Fraktion 2023

Antrag	Ziel	Status
Durchführung einer zentralen Lasershow auf dem Kirchplatz in Bösensell für die Silvesternacht 31.12.2023	Ersatz privater Feuerwerke zur Reduzierung von Feinstaubbelastung, Straßenverschmutzung und Unfallgefahren sowie Etablierung eines Gemeinschaftsevents zur Integration aller Alters- und Bevölkerungsgruppen.	Die Lasershow findet im Rahmen des Bösenseller Adventsmarktes am 02.12. statt.
Übernahme erster Planungsleistungen eines Radwegs entlang der K2, Nordkirchener Straße, zwischen Ottmarsbocholt und der B58 durch den Fachbereich IV der Gemeinde Senden	Beschleunigung der Realisierung seitens des dafür zuständigen Kreises Coesfeld durch bereits durchgeführte, entsprechende Planungsleistungen.	in Bearbeitung
Prüfauftrag zur Abklärung der Möglichkeiten eines Nahwärmenetzes zur Nutzung von industrieller Abwärme in Ottmarsbocholt	Effiziente, treibhausgasreduzierende Wärmeversorgung für Ottmarsbocholter BürgerInnen.	Prüfung im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung
Prüfauftrag zur Installation einer Straßenbeleuchtung für Radfahrer und Fußgänger entlang der B235/L550 an zwei Abschnitten.	Erhöhung der Attraktivität des Bahnhalt punktes Bösensell sowie des Bushalt punktes Bösensell B235 in Fahrtrichtung Münster auch in den Wintermonaten für Radfahrer sowie Nutzer des P&R Platz	in Bearbeitung
Instandsetzung der Wege am Reit-/Sportplatz/ Fahrradweg am Helmerbach	Schaffung guter Voraussetzungen für die Vereinsmitglieder des Sport- Reit- und Schützenvereines Bösensell.	in Bearbeitung
Prüfung einer Fläche zur Errichtung eines Skateplatzes im Rahmen der Bauleitplanung Erweiterung Wohngebiet Hanloh / Gewerbegebiet Hanloh	Realisierung der seit langem beantragten Freizeitmöglichkeit einer Skateanlage für Bösenseller Kinder und Jugendliche	in Bearbeitung
Investorenwettbewerb für die östliche Fläche im Wohngebiet Sudendorp	Schaffung weiteren Wohnraums sowie die Weiterentwicklung Ottmarsbocholt	in Bearbeitung
Freigabe der Fahrradstraße Huxburg für den Verkehr mit S-Pedelecs	Reduzierung des Automobilverkehrs	in Bearbeitung
Wiederherstellung der Nutzbarkeit der Tiefgarage in der Biete als Parkraum	Bereitstellung zusätzlicher Parkplätze im Ortskern	in Bearbeitung
Prüfauftrag zur Anschaffung von Transportwagen/ Handkarren für die Friedhöfe in Senden, Bösensell und Olmarsbocholt	Erleichterung des Transports von schweren Pflanzmaterialien vor allem für ältere Friedhofsbesucherinnen und -besucher	in Bearbeitung
Erstellung einer Übersicht über die Stellen für Schulsozialarbeit an den Schulen der Gemeinde Senden sowie ihrer Finanzierung	Ableich von Bedarfen und Ressourcen zur adäquaten Versorgung der weiterführenden Schulen mit Angeboten der Schulsozialarbeit	in Beratung



Fotos CDU Senden



Fahrt der CDU-Fraktion durch Ottmarsbocholt

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Jahre hat Sie an dieser Stelle Sascha Weppelmann als Vorsitzender unserer CDU Ratsfraktion begrüßt. Ende August diesen Jahres ist Sascha Weppelmann nach über 10-jähriger, erfolgreicher Amtszeit aus persönlichen Gründen zurückgetreten. Er wird der CDU-Fraktion aber weiterhin als ordentliches Ratsmitglied angehören und so seine politische Arbeit engagiert weiterführen. An dieser Stelle sprechen wir ihm nochmals unseren großen Dank für seinen langjährigen Einsatz für unsere Fraktion aus. Nun darf ich Sie hier als neue Fraktionsvorsitzende zusammen mit Dr. Axel Hengstermann als stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden und den bisherigen Mitgliedern unseres Vorstandsteams, Bernd Aundrup und Georg Jacobs, begrüßen. Gemeinsam mit unserer Fraktion werden wir die anstehenden Aufgaben beherzt, pragmatisch und mit Augenmaß anpacken.

Ein großes Thema bleibt der zunehmende Fachkräftemangel. Inzwischen ist auch in den Sendener Kitas ein zuverlässiges Betreuungsangebot zur täglichen Herausforderung geworden. Steigende (Personal-)Kosten und die dadurch bedingten Finanzierungslücken, die systembedingt erst mit großer zeitlicher Verzögerung ausgeglichen werden, erschweren dort zusätzlich die Planungen. Dies erfordert von Eltern, Leitungen und Trägern eine große gemeinsame Kraftanstrengung, um das System aufrechtzuerhalten. Bund und Land sind gefordert, alles zu tun, damit es nicht zu einem Rückzug der freien Träger kommt und die Kommunen dann die entsprechenden Aufgaben übernehmen müssen.

Diese sind mit Unterbringung und Versorgung der zugewiesenen Flüchtlinge und der oft nicht nachvollziehbaren Zuweisungspraxis mehr als gefordert. Die verantwortlichen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter unserer Gemeinde meistern diese Aufgabe bislang mit bewundernswertem Engagement, großem Pragmatismus und Herzblut. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Gleichzeitig ergeht auch hier die Forderung an Bund und Land, die Kommunen für diese Aufgabe finanziell, personell aber auch konzeptionell entsprechend auszustatten.

Grundsätzlich muss gelten: Für neue Aufgaben, mit denen Bund und Land unsere Kommunen konfrontiert, müssen entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden – auch ohne aufwendige Förderanträge. Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen! Dies gilt vor allem für den beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich und dafür notwendige bauliche Maßnahmen.

Mit der Erweiterung der Marienschule, den Planungen für eine Zentralmensa, der Rathuserweiterung und dem Neubau des Bauhofes liegen große Investitionen vor uns. Die aktuell solide Haushaltslage kommt uns dabei zugute. Dennoch müssen wir angesichts unsicherer Entwicklungen wie Zins- und Tarifsteigerungen bei deren Umsetzung mit haushalterischem Weitblick vorgehen, um nach wie vor eine generationengerechte Haushaltspolitik zu betreiben und die Rahmenbedingungen für daneben weiterhin bestehende Aufgaben sowie die wichtigen freiwilligen Leistungen, wozu auch unser Cabriobad gehört, stabil zu halten.



Foto CDU Senden

Der neue Fraktionsvorstand
v.l. Bernd Aundrup, Gaby Vogdt, Dr. Axel Henstermann, Georg Jacobs

Eine weitere große Aufgabe stellt für uns wie für alle umliegenden Kommunen die Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums dar. Aber – je knapper das Angebot um so höher der Preis. Je weniger Flächen wir für die weitere wohnbauliche Entwicklung haben, desto weniger bezahlbaren Wohnraum können wir zusätzlich zur Verfügung stellen. Umso unverständlicher, dass angesichts dieser Herausforderung im aktuellen Prozess der Regionalplanänderung diesbezüglich Senden inzwischen erheblich geringere Flächen zugesprochen wurden. Dafür sind statistische Berechnungen verantwortlich, die auf einem nicht repräsentativen Betrachtungszeitraum beruhen. Eine Beschneidung unserer wohnbaulichen Bedarfe kann auch und gerade im Hinblick auf unsere Ortsteile Bösensell und Ottmarsbocholt nur in die falsche Richtung führen. Gerade dort müssen wir durch eine entsprechende Entwicklung unter Berücksichtigung nachbarschaftlicher sowie klimapolitischer Interessen und Notwendigkeiten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur vor Ort sorgen. Nicht zuletzt wirkt dies auch dem Fachkräftemangel für die Unternehmen vor Ort entgegen, die mit ihrer Gewerbesteuer in hohem Maße zu Sendens guter Haushaltslage beitragen. Dies sichert uns den Erhalt vieler freiwilliger Leistungen und Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung. Wir setzen uns nach Kräften dafür ein, dass Senden auch weiterhin moderat und klimaverträglich wachsen kann.

Um für anstehende politische Entscheidungen gut informiert zu sein, besuchen wir jährlich mit dem Fahrrad die verschiedenen Ortsteile Sendens. Dieses Jahr galt unser Augenmerk Ottmarsbocholt mit den für wohnbauliche Entwicklungen vorgesehenen Flächen Hörsken und Sudendorp.

Wenn Sie mehr über unsere politische Arbeit wissen wollen oder aber Fragen zu speziellen Themen oder Entscheidungen haben, sind wir jederzeit unter

AnsprechBar@cdu-senden.de

für Sie erreichbar.

Herzlichst
Gaby Vogdt
Fraktionsvorsitzende

Kritische Situation für Obst- und Gemüsebauern

Jedes Obst und Gemüse ist nahezu das ganze Jahr über im Handel verfügbar. Wer jedoch saisonal einkauft, erhält nicht nur beste Qualität, sondern schont auch den Geldbeutel und das Klima.

Es ist noch gar nicht so lange her, als man sich beim Kauf von frischem Obst- und Gemüse ganz selbstverständlich am Kalender orientiert hat.

Erdbeeren, Spargel oder Apfelsinen hatten feste Angebotszeiten, die mehr oder weniger klar begrenzt waren. Heute scheint der Blick auf den Kalender überflüssig zu sein. Schließlich findet man beinahe jedes Obst oder Gemüse ganzjährig im Supermarkt.

Ob dies nun Fluch oder Segen ist, lässt sich nicht pauschal beantworten. Saisonal einkaufen heißt in den meisten Fällen auch regional einkaufen. Doch wie steht es eigentlich um den deutschen Gartenbau?

In den Sparten Gemüse-, Obst-, Zierpflanzen-, Baumschul- und Staudenbau werden hunderte verschiedene Pflanzenarten kultiviert. Dabei wird im Vergleich zum Ackerbau – bezogen auf die Fläche – eine sehr hohe Wertschöpfung erzielt.

Auf nur 1,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland erzielt allein der Produktionsgartenbau etwa 12 % der Bruttowertschöpfung und beschäftigt fast 15 % der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Auch wenn der Anbau flächenmäßig in Deutschland nur eine Nebenrolle spielt, arbeiten die Obst- und Gemüsebauern auf dieser Fläche aber so effizient und produktiv, dass das reicht, um bei Gemüse immerhin etwa ein Drittel und bei Obst etwa ein Siebtel des heimischen Bedarfs zu decken. Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass die Abhängig-

keit Deutschlands von Obst- und Gemüseimporten sehr groß ist. Der ganz wesentliche Anteil wird aus anderen Ländern importiert.

Mehr als drei Viertel der gesamten Obsterntemenge in Deutschland entfällt auf Äpfel, die damit – gefolgt von Erdbeeren – die mit Abstand wichtigste Kultur im Obstbau sind. Beim Gemüse machen Möhren, Speisezwiebeln, Weißkohl und Salate über die Hälfte der Produktion aus. Sie wachsen im Freiland, während Tomaten, Gurken und Paprika typische Gewächshauskulturen sind.

Ob Obst oder Gemüse, Freiland oder Gewächshaus – das Ergebnis ist in allen Fällen dasselbe: hochwertige, wohlschmeckende und gesunde Produkte aus heimischem Anbau.



Erwachsenen wird laut Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung nahegelegt, täglich mindestens 400 g Gemüse und 250 g Obst zu konsumieren.

Die Zusammenstellung unserer Ernährung hat einen wesentlichen Einfluss auf unsere Gesundheit. Ein hoher Anteil Obst und Gemüse in der täglichen Kost ist dabei von Vorteil, da die pflanzlichen Lebensmittel wichtige Quellen für Vitamine, Mineralstoffe, Spurenelemente, Ballaststoffe und sekundäre Pflanzenstoffe darstellen. Obst und Gemüse ist daher von unserem Speiseplan nicht wegzudenken.

Aus vielen Gründen ist es sinnvoll, möglichst regional angebautes und daher saisonal verfügbares Gemüse und Obst zu verzehren. Es schmeckt besser, vermeidet unnötige Umweltbelastungen durch weite Transportwege und



übermäßigen Wasserverbrauch beim Anbau in trockenen Regionen der Erde. Was zunächst wie eine Einschränkung klingt, bietet letztendlich die Möglichkeit, die Vielfalt im Wechsel der Jahreszeiten wieder neu zu entdecken.

Die Statistik zeigt aber auch, dass die Versorgung mit Obst und Gemüse aus deutscher Produktion gar nicht für die gesamte Bevölkerung möglich ist, da viel zu wenig Obst und Gemüse im Land erzeugt wird. Tendenz weiter sinkend.

Der deutsche Obst- und Gemüsebau steckt in der Krise. Das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene und im August diesen Jahres fertiggestellte Gutachten des Thünen-Instituts mit dem Titel „Chancen und Risiken des Obst- und Gemüsebaus in Deutschland“ beschreibt die Situation des deutschen Obstbaus treffend. Ausführlich werden in dem Gutachten die Strukturen und Entwicklungen in Produktion und Absatz dargestellt und ökonomisch bewertet.

Dabei wird wieder einmal deutlich, dass dem Absatz über Erzeugerorganisationen bzw. den Handel eine herausragende Bedeutung zukommt, denn in der Direktvermarktung werden lediglich 5,6 % des in Deutschland produzierten Obstes abgesetzt.

Insgesamt bestätigen die Gutachter, dass die Vermarktung der Produkte häufig nicht kostendeckend funktioniert. Und sie zeigen auf, dass mittlerweile sogar in Betrieben mit bis

vor einigen Jahren stabiler wirtschaftlicher Lage und langfristiger Perspektive vielfach akute Liquiditätsprobleme drohen.

Es muss ein Umdenken in den oligopolistisch geprägten Handelsstrukturen in Deutschland mit einem klaren Bekenntnis für den heimischen Obst- und Gemüsebau geben. Von politischer Seite fehlt zudem seit Jahrzehnten ein klares Bekenntnis in Worten und Handeln für den deutschen Obst- und Gemüsebau.

Es liegt daher heute ganz wesentlich in der Verantwortung der Verbraucher mit Ihrer Kaufentscheidung ein Zeichen für heimische Produkte zu setzen und dem deutschen Obst- und Gemüsebau eine Zukunft zu geben.

Zum Schluss einige ausgewählte Fakten:

- Im Jahr 2023 haben deutschlandweit nur noch 45 junge Menschen einen Ausbildungsvertrag zum Gärtner mit Fachrichtung Obstbau abgeschlossen.
- Der Selbstversorgungsgrad bei Obst liegt durchschnittlich nur noch bei ca. 14 %
- Eine deutsche Handelsorganisation hat im Zeitraum Mai 2022 bis April 2023 50-mal mit Himbeeren und 57-mal mit Heidelbeeren geworben. Nicht ein einziger Artikel stammte aus Deutschland.
- Erntemenge Himbeeren 2006 in Deutschland: 7.200 t. Im Jahr 2021 nur noch 2.166 t.
- Erntemenge Erdbeeren 2006 in Deutschland: 169.700 t. Im Jahr 2021 nur noch 96.000 t.

*Elmar Grothues
Geschäftsführer
Hof Grothues-Potthoff*

*Quellen:
Bundесinformatіonszentrum Landwirtschaft
Fachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse
Bundесzentrum für Ernährung
Johann Heinrich von Thünen-Institut (Bundesforschungsinstitut)
Robert-Koch-Institut
Bundесanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)*



TISCHLEREI MÖLLERS

Möbel- und Innenausbau

Anfertigung individueller Möbel nach Ihren Wünschen.



Johannes Möllers Tischlermeister
Senden – Ottmarsbocholt Tel 02598 1489 www.tischlerei-moellers.de



AUTO FRANZ

Kfz-Werkstatt Sachverständiger

Franz Kippenbrock
Kfz-Meister

Im Südfeld 94
48308 Senden-Bösensell
Telefon 0 25 36 / 34 33 90
Telefax 0 25 36 / 3 19 51 01
info@autofranz.de
www.autofranz.de



AUTOPRO
DIE WERKSTATT.

Besuch aus Jessen – Die langjährige Partnerschaft lebt . . .

Mit Gottfried Suntrup und Karl-Friedrich Täger sowie Gunter Danneberg und Günter Gottwald waren die Männer der ersten Stunde der vor über 30 Jahren beurkundeten kommunalen Partnerschaft von Jessen/Schweinitz und Senden vom 03. bis 05.11. 2023 wieder beisammen.

Unter der sachkundigen Führung von Markus Kleymann erlebte die Jessener Delegation unter Leitung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dirk Nowak mit dem Besuch der Burg Vischering einen ersten Höhepunkt eines umfangreichen Besuchsprogramms. Der gemütliche Abend mit den Jessener Freunden und Altbürgermeister Holz war ein gelungener Abschluss des ersten Tages.

Beeindruckend war der folgende Tag mit einer Kranzniederlegung am Grab des ehemaligen Gemeindedirektors

Potts, einem Motor der Partnerschaft von Jessen/Schweinitz mit Senden. Stadtratsvorsitzender Danneberg, Bürgermeister Sebastian Täger und Altbürgermeister Alfred Holz hoben dabei die Leistung von Konrad Potts hervor.

Anschließend nahmen die Teilnehmer, des von Frau Astrid Balke hervorragend organisierten Treffens, die durch das ISEK-Programm erfolgte Neugestaltung des Sendener Ortskerns in Augenschein.

Der langjährige Bauausschussvorsitzende Gerd Gebauer zeigte neben dem Laurentiusplatz, der Fußgängerzone Herrenstraße auch die zukünftigen Bau- und Strukturmaßnahmen auf.

Bürgermeister Sebastian Täger und der Beigeordnete Holger Bothur gingen bei der weiteren Besichtigung auf die zukünftigen Schulbaumaßnahmen, wie dem Ganztags-



Fotos Gemeinde Senden

Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde zwischen Jessen, Schweinitz und Senden am 18. 10. 1990 im Rathaus zu Senden
von links: Annette Müller, Doris Puhmann (Schweinitz), Franz Böckenholt, Konrad Potts (Senden), Klaus-Dieter Richter, Dietmar Brettschneider (Jessen),
stehend: Klaus Gilleßen, Reinhold Walkötter

EWALD
STEUERBERATER



Dipl. Betriebswirt
Klaus Ewald
Steuerberater
Weseler Straße 561
48163 Münster
T: 02 51/32 26 53-0
M: info@steuerberater-ewald.de
www.steuerberater-ewald.de

*Wir freuen uns darauf,
Sie unterstützen zu dürfen.*

**CDU Senden -
jetzt auch bei facebook**



CDU Senden
Facebook page showing a group photo of members and a post about a meeting.

schulbetrieb und dem geplanten Bau einer Schulmensa ebenso ein, wie auch auf den künftigen Skaterpark und das Sportzentrum. Beeindruckt waren die Jessener zudem von dem Fortschritt bei der Renovierung des Schlosses.

Das alte Zollhaus wurde besonders von den Gästen aus Sachsen-Anhalt als Begegnungsstätte für alle Bürger und Bürgerinnen gelobt.

Der Nachmittag des 2. Besuchstages wurde mit der Besichtigung des Baugebietes Huxburg, der Gewerbegebiete an der A 43 und dem Ortsteil Bösensell abgerundet.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass baldmöglichst - spätestens zum 35jährigen Partnerschaftsjubiläums 2025 - ein Wiedersehen gefeiert werden sollte, dann vielleicht beim Schul- und Heimatfest in Jessen, wo es schon am 10. August 1990 gut begann.

Gerd Gebauer



Fotos Günter Mondwurf



GEORG GOERDT
www.zaunsysteme.de

Dietmar Panske auf Tour durch Senden – Konstruktiver Dialog in Kitas und Pflegeeinrichtungen

Im Rahmen seiner diesjährigen Sommertour durch die Stevergemeinde konnte sich der CDU-Landtagsabgeordnete Dietmar Panske über die gemeindliche Entwicklung ein aktuelles Bild verschaffen. Ein Team des CDU-Gemeindeverbands unter Leitung des Vorsitzenden Günter Mondwurf begleitete den Landespolitiker im Rahmen eines vollgepackten Terminplans.

Zunächst ging es zum Altenheim Schwester Maria Euthymia. In seiner Funktion als Einrichtungsleiter berichtete Jörg Beerhorst über die aktuellen Herausforderungen in der Pflege und Betreuung. Die umfangreich gestiegenen bürokratischen Anforderungen in der Dokumentation schränken im Arbeitsalltag eines Altenpflegers die Betreuungszeit für die Bewohner ein.

Die Personalgewinnung von geeigneten Fachkräften erfordert ebenfalls Geschick und Ausdauer. Dietmar Panske nimmt im Dialog mit dem Pflgeteam der Einrichtung einige Anregungen mit.

In den Folgestationen der Tour standen die aktuellen Baumaßnahmen im Rahmen des Radwegprogramms auf der Agenda. Der mittlerweile beendete Neubau des Radweges an der L884 mit erheblichen Zuwendungen des Landes, der unbefriedigende Sachstand der Umsetzung einer Veloroute am Kanal und der notwendige Bau des Radweges an der K2 von Ottmarsbocholt zur Kreuzung Hohe Lucht bildeten dabei die Schwerpunkte des Informationsaustausches.

Ein weiterer Höhepunkt der Tour war ein Besuch der DRK-Kita Davertgeister in Ottmarsbocholt.

„Auch wenn wir derzeit personell noch gut aufgestellt sind, wird es für uns immer schwieriger, ausreichend Fachkräfte zu bekommen“, erklärten die Einrichtungsleiterin Steffie Wasmer und Dirk Wallkötter, Geschäftsführer des Sendener DRK. „Unsere Erzieherinnen arbeiten schon jetzt am Limit“, so der einhellige Tenor. Neben den personellen Herausforderungen kam auch die Unterfinanzierung der Kitas zur Sprache. Hier besteht massiver Nachsteuerungsbedarf. Dietmar Panske nahm diese deutliche Botschaft für seine Gespräche in Düsseldorf mit.

Günter Mondwurf

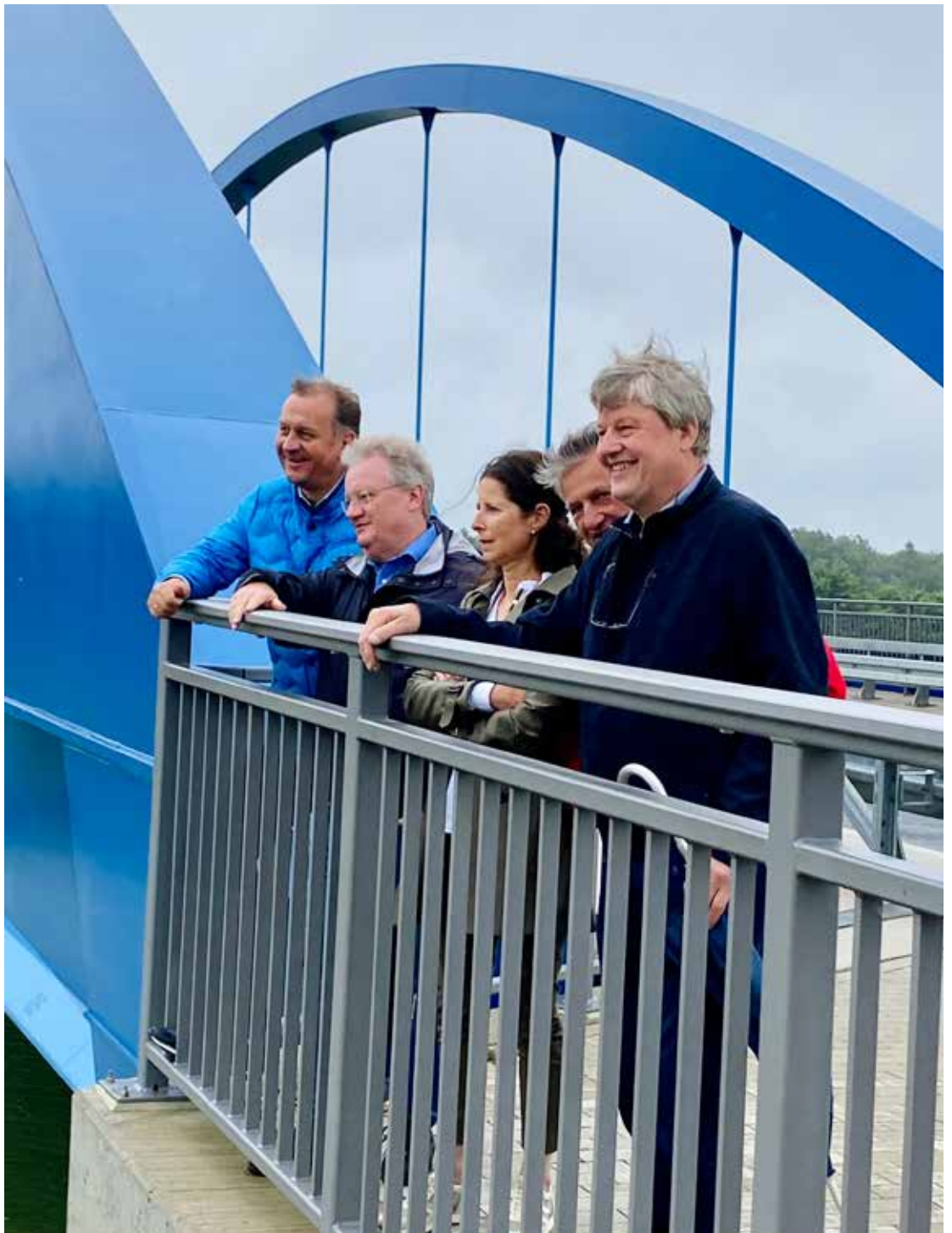


Foto Günter Mondwurf

St. Johannes der Täufer – ein Kleinod in der Venne mit Sanierungsbedarf

Die kleine Kirche St. Johannes der Täufer liegt sanft eingebettet im Gebiet des Venner Moores. Sie ist ein Ort der Ruhe für die Bewohner der Venne sowie für Radtouristen und Wanderer. Die vielen, zum Gedenken verstorbener Angehöriger verbrannten Kerzen sind ein Indiz für das große Interesse an der schmucken Kapelle, die erfreulicherweise bislang von Vandalismus verschont geblieben ist. Mit viel Herzblut pflegen die Venner in Eigenleistung die Kirche und den umgebenden Friedhof. Auch der nahegelegene Spieker wurde in Eigenleistung renoviert.

Die Kirche blickt auf eine lange Geschichte zurück. 1242 wurde in der Venne zunächst das Hospital zum heiligen Johannes dem Täufer zur Pflege heimgekehrter Seefahrer mit ansteckenden Krankheiten errichtet. Später wurde dem Hospital das Recht verliehen, die Angehörigen des Hospitals dort zu taufen und zu beerdigen. 1250 übergab das Münsteraner Domkapitel dem Hospital ein Grundstück, um dort Gottesdienste abzuhalten. Seit 1290 ist die Venne als Pfarrei urkundlich bezeugt und seit ihrer Gründung mit 130 Mitgliedern die kleinste Pfarrei des Bistums Münster.

Inzwischen nagt jedoch der Zahn der Zeit an der wunderschönen Kapelle. Sorge bereitet vor allem die Aufhängung der in den sechziger Jahren freigelegten, mit aufwendigen Ornamenten bemalten Renaissance-Holzbalkendecke. Diese ist nicht mehr stabil und muss erneuert werden. Dafür sind Spezialunternehmen erforderlich; die notwendige Sanierung ist kostspielig. Zusätzlich müssen auch die vorhandenen Nachtspeicheröfen ausgetauscht werden. Da die vom Bistum zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen, müssen Weitere aquiriert werden. Daher haben sowohl unser Bundestagsabgeordneter Marc Henrichmann als auch unser Landtagsabgeordneter Dietmar Panske die Kapelle besucht und die Pfarrei St. Laurentius bei der Suche nach Fördermöglichkeiten unterstützt. Pfarrer Dr. Oliver Rothe und Siegfried Thielen aus dem Kirchenvorstand haben sich für eine Förderung durch die NRW-Stiftung eingesetzt, deren Entscheidung noch aussteht.



Innenraum Kapelle Venne



Foto Eckhard Scholz



Besuch Marc Henrichmann – Kapelle Venne

Foto CDU



Besuch Dietmar Panske – Kapelle Venne

Foto CDU

Da die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts jedoch keine derartigen Mittel erhalten darf, hat Pfarrer Dr. Rothe mit Venner Mitgliedern der Pfarrei einen Förderverein gegründet. Sobald eine entsprechende Fördersumme vorhanden ist, soll mit der Renovierung gestartet werden. Wer hier noch zusätzlich unterstützen möchte, kann dies gerne mit einer privaten Spende auf folgendes Konto tun:

Förderverein Venne

IBAN: DE71 4006 0265 0203 8707 00

BIC: GENODEM1DKM

Gaby Vogdt



Blick in die Renaissance-Holzbalkendecke Kapelle Venne

Foto Katholische Kirchengemeinde St. Laurentius Senden

Ihr Alltagsbegleiter Thomas Berning

Zusammen
Etwas
Individuelles
Tun

Ich bin für Sie da!

Telefon: 02597 9392501

Mobil: 0163 2354928

kontakt@ihralltagsbegleiter.de

ihralltagsbegleiter.de

Gemeinsam erleben

- Spaziergänge
- Hol- und Bringdienste
- Arztbesuche
- Gesellschaftsspiele
- Kochen
- Hobbys pflegen
- Stadtbummel zu Fuß oder mit dem Rad
- Ausflüge mit dem Auto

In Ihrem Auftrag

- Einkaufshilfe
- Bürokratisches
- Behördengänge
- Kleine Handwerksaufgaben
- Gartenarbeit
- Hund ausführen
- Technikhilfe für Smartphone, TV, etc.
- Erledigungen/Besorgungen

Fürsorge

- Gute Gespräche / offenes Ohr
- Gedächtnis-Training
- Kurzfristige Erreichbarkeit
- Mentale Unterstützung
- Individuelle Absprachen
- Konfliktlösungen
- Bedarfserkennung

für Personen ohne und mit Pflegegrad

Ministerin Ina Scharrenbach mit der Frauen Union NRW auf Info-Tour durch Senden

Die NRW Landes Frauenunion besuchte mit ihrer Vorsitzenden, Ina Scharrenbach (Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW) am 15.07.2023 die Gemeinde Senden. Unter dem Motto „Tradition und Moderne“ verbinden, führte die Tour zu einigen interessanten Anlaufpunkten in der Stevergemeinde.

Ein Team des Gemeindeverbands unter Leitung des Vorsitzenden Günter Mondwurf organisierte ein straffes Tagesprogramm. Nach Eintreffen im „Alten Zollhaus“ ging es zunächst durch den Ortskern. Hier konnten die Gäste einen ersten Eindruck von der Neugestaltung gewinnen.

Im weiteren Verlauf präsentierte Prof. Dr. Martin Lühder (CDU-Gemeindeverband) im Mühlenfeld mögliche Ideen eines Quartierskonzeptes. Weiter ging es zum Schloss Senden, wo Dr. Franz Waldmann mit seinem Team die Gäste aus NRW über den aktuellen Stand der Bauprojekte und die Ziele des Schlossvereins informierte. Am neu geschaffenen Kanalplatz gab Carsten Busche von der Gemeinde Senden einen Überblick über die verschiedenen Baumaßnahmen der letzten Jahre und die noch künftig anstehenden Projekte aus dem ISEK Programm. Die kritischen Anmerkungen zum aktuellen Entwurf des Regionalplanes nahm die Ministerin nach Düsseldorf mit.



Infobesuch auf Schloss Senden

Fotos Günter Mondwurf

Im „Alten Zollhaus“ führten Agnes Wiesker und Karl Schultze Höping vom Heimatverein Senden durch das neue Schmuckstück im Herzen der Gemeinde. Einige Anekdoten in und um dieses historische Gebäude sorgten für Erheiterung. Eine vom Heimatverein gestiftete Schwarzbrotortete ließen sich alle schmecken und rundete diesen Besuchspunkt ab.

Den Abschluss bildete ein Besuch des Hofes Grothues-Pott-hof. Der Geschäftsführer Alexander Grothues informierte bei einem Hofrundgang über die Geschichte des Hofes und die Entwicklung des heutigen Unternehmens. Die aktuellen Herausforderungen des Obstanbaus und die damit verbundene notwendige Unterstützung durch die Politik fand bei allen Beteiligten Zuspruch.

Als Resümee fand Elke Duhme als stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen Union NRW lobende Worte über einen mehr als interessanten Besuch in Senden, bei dem alle Gäste rundum zufrieden waren.

Günter Mondwurf



Erläuterungen zum Quartierkonzept mit Martin Lühder (re.)



Ina Scharrenbach (mi.) im Gespräch mit Alexander Grothues (li.)

Besuch der Kreyenborg GmbH & Co. KG mit unserem Landtagsabgeordneten Dietmar Panske

Die Kreyenborg GmbH & Co. KG agiert weltweit als Lösungsanbieter für die Kunststoff- und Nahrungsmittelinindustrie. Mit seiner effizienten und schonenden Infrarottechnik werden Kunststoffe getrocknet, kristallisiert und recycelt sowie Nüsse, Saaten, Gewürze und Kräuter getrocknet und geröstet.

Mischer, Silos und Fördertechnik für verschiedene Schüttgüter runden das Produktportfolio ab. Das Unternehmen befindet sich auf Wachstumskurs und plant den Bau eines neuen Bürogebäudes. Für den Verkauf seiner PET-Recycling-Anlagen benötigt Kreyenborg dringend funktionierende Abläufe bei Genehmigungen sowie mehr Schnelligkeit. Hier hat der Einsatz unseres Landtagsabgeordneten bereits zu ersten Fortschritten geführt.



Diskussion zum Verpflichtenden Dienstjahr

Ein Gewinn für die Gesellschaft oder eine Zumutung für junge Menschen? Darüber haben wir im Frühjahr intensiv und durchaus kontrovers zusammen mit der Jungen Union Senden und unserem Landtagsabgeordneten Dietmar Panske sowie Gästen aus den Bereichen Pflege, Verwaltung und Kita diskutiert.

Einigkeit herrschte darüber, dass ein verpflichtendes Dienstjahr keinesfalls zur Überbrückung von personellen Engpässen in sozialen Berufen dienen dürfe. Mehrfach betont und gefordert wurde, dass sowohl ein freiwilliger als auch ein verpflichtender Dienst mit einem Mehrwert in ideeller aber auch materieller Hinsicht ausgestattet werden sollte.

Sommertour '23 mit Marc Henrichmann MdB

So vielfältig wie Senden ist, waren auch die verschiedenen Stationen unseres Bundestagsabgeordneten. Den Auftakt bildete Schloss Senden, wo Dr. Martina Flessner und Dr. Franz Waldmann über die baulichen Fortschritte und zukünftigen Entwicklungen informierten. Danach ging es weiter zur Besichtigung der neuen Caritas Tagespflege und Sozialstation unter Leitung von Jolante Sielenkemper und Bianca Becks-Maier. Dort diskutierten wir mit Vertretern aus Pflege, Verwaltung und Caritas über die Ursachen des anhaltenden Pflegenotstands und Möglichkeiten des Gegenwirkens.

Bei bestem Wetter stand Marc Henrichmann anschließend am neuen Coffee-Bike von Sabine Caccavo an der Kanalpromenade interessierten Bürgerinnen Rede und Antwort. Bei der Lebenshilfe Senden als letzter Station des Tages, berichteten betroffene Eltern von der äußerst unbefriedigenden Wohnsituation schwerst mehrfach behinderter, junger Erwachsener mit durchschnittlichen Wartezeiten von bis zu 15 Jahren auf einen entsprechenden Wohnheimplatz.



des Sendener Ortsverbandes



Besuch der Hubert Heimann GmbH & Co. KG

Die Hubert Heimann Metallbau- und Bauschlosserei kann als Familienbetrieb auf eine über 180-jährige, erfolgreiche Tradition zurückblicken. Erste Erwähnungen findet die Firma in einer Rechnung aus dem Jahre 1844 an die Firma Klostermann. Im Jahre 1880 wird das Haushaltswarengeschäft in der Herrenstraße im Sendener Ortskern eröffnet und besteht dort bis zu seiner Schließung 2019.

Der Handwerksbetrieb mit seinen Büro- und Personalräumen befindet sich seit 2012 am Messingweg. Dort werden mit einem 17-köpfigen Team Produkte aus Stahl, Edelstahl und Aluminium entworfen, produziert, montiert sowie repariert. Dazu gehören u.a. automatische Türanlagen, Vordächer, Garagentore, Geländer sowie Insektenschutz, Rollläden und Markisen. Zusätzlich hat sich das Unternehmen, das inzwischen von Michael und Stephanie Heymann geleitet wird, auf den Brandschutz spezialisiert.

Diskussion zur Legalisierung von Cannabis

Chance oder Risiko? Darüber haben wir mit unseren Mitgliedern, Interessierten und Gästen diskutiert. Gefreut hat uns, dass sich auch mehrere junge Erwachsene engagiert in die Diskussion im Journal eingebracht haben. Während die jüngeren Teilnehmer Chancen in einer Legalisierung hin zu einer Verbesserung des Gesundheitsschutzes durch bessere Qualität des Suchtstoffes sahen, überwog beim Großteil der älteren Diskussionsteilnehmer die Sorge vor einem möglichen Anstieg der Konsumierenden durch einen deutlich erweiterten Markt.

Davor warnte auch der Diplom Sozialpädagoge Martin Althoff und äußerte die Sorge, dass zu viele Menschen verloren gehen könnten. Unser Bundestagsabgeordneter Marc Henrichmann hob die steigende Arbeitsbelastung der Polizei durch zusätzliche Kontrollaufgaben hervor sowie die noch zu prüfende Europarechtskonformität des Gesetzentwurfes.



Bereichernder Austausch mit den Kollegen vom Telgter CDU Ortsverband

Über den eigenen Tellerrand schauen, voneinander lernen. Dazu haben wir unsere Kolleginnen und Kollegen vom Telgter CDU Ortsverband besucht. Nach herzlichem Empfang am Schulzentrum und umfassenden Schilderungen der dortigen Herausforderungen im Bereich Schule wurde auch das Thema der Flüchtlingsunterbringung angeschnitten.

Danach ging es unter fachkundiger Führung der Ortsverbandsvorsitzenden Anne-Katrin Schulte, ihrem Stellvertreter Klaus Wigger sowie dem Ratsmitglied Christoph Boge in den malerischen, von historischer Bausubstanz geprägten Ortskern mit seinem ansprechenden Geschäftsbesatz. Die Wallfahrtskapelle sorgt in Telgte durch die zahlreichen Besucher für eine ausreichende Nachfrage, die den Erhalt der Einzelhandelsstruktur dort fördert.

Gaby Vogdt

Bowlingabend mit JU Lüdinghausen



Getreu dem Motto "50% Politik - 50% Spaß" trafen sich die JU-Verbände Lüdinghausen und Senden zum gemeinsamen Bowling-Abend.

Dabei lernte man sich auch abseits der politischen Zusammenarbeit weiter kennen und konnte neue Verbindungen knüpfen.

Die verstärkte Zusammenarbeit resultierte aus dem Gedanken heraus, seinen Blick auch auf die umliegenden Städte und Gemeinden zu richten, um positive Synergieeffekte nutzen zu können, so die beiden Vorsitzenden Lukas Kleinert (LH) und Lennard Kasberg (Senden).

Lennard Kasberg im CDU-Kreisvorstand



Auf dem CDU-Kreisparteitag in Coesfeld wurde der Vorsitzende der Jungen Union Senden in den Vorstand der CDU Kreis Coesfeld gewählt. Vorgeschlagen war er vom CDU-Gemeinderverband Senden sowie von der JU Kreis Coesfeld.

„Ich freue mich auf die kommenden zwei Jahre im Kreisvorstand. Die CDU im Kreis ist eine „Kümmererpartei“. An diesem Kümmeren möchte ich nun mitwirken und die Partei zukunftsfit aufstellen.“

Weiterhin sind aus Senden Gaby Vogdt sowie Hartwig Treckmann gewählt worden.

Verpflichtendes Dienstjahr in Deutschland



„Kontrovers angekündigt, kontrovers diskutiert“. Mit Jolante Sielenkemper (Caritas-Tagespflege), Holger Bothur (Beigeordneter), Marcel Wollenberg (St. Franziskus-Kindergarten) und Dietmar Panske MdL hatte die JU Senden sowie der CDU OV Senden ein breit gefächertes Podium für eine Diskussionsrunde eingeladen.

Schnell wurden die verschiedensten Facetten der Folgen einer Einführung eines Dienstjahres diskutiert. Jolante Sielenkemper vertrat dabei die Auffassung weiterhin auf Freiwilligkeit zu setzen. „So weiß ich, dass die jungen Menschen wirken wollen und nicht pflichtgemäß nur erscheinen.“

Andere hingegen setzten sich dafür ein, diesen Schritt zu wagen, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhöhen.

Einig waren sich jedoch alle darüber, dass viele interessante Blickwinkel eröffnet wurden und einen gelungenen Diskussionsabend darstellten.

Finn Treckmann wird JU-Schriftführer



Finn Treckmann wird die JU Senden nun im neuen geschäftsführenden Vorstand des JU-Kreisverbands vertreten. Die Nachwahl war aufgrund des Rücktritts des bisherigen Kreisvorsitzenden Kilian Baumann nötig geworden, der nun Beisitzer im JU-Landesvorstand ist. Neuer Kreisvorsitzender ist Frederik Salomon aus Billerbeck.

Finn Treckmann: "Mein Ziel ist es die JU als größte politische Jugendvertretung im Kreis zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen."

Vorstandsneuwahl der JU Senden



Vor zwei Jahren hat sich die JU Senden nach über 10-jähriger Pause wiedergegründet. In den vergangenen zwei Jahren hat man zahlreiche Mitglieder dazugewonnen und den Verband stabilisiert.

Weiterhin hat man viele Veranstaltungen zu diversen Themen wie Dialoge zu Migration und dem Verpflichtenden Dienstjahr. Durch Glühweinabende und Stammtische kam auch der Spaß nie zu kurz. Darüber hinaus hat man sich mit eigenen Anträgen bereits einige Male in die kommunale Politik eingemischt.

In den kommenden zwei Jahren wolle man diese gute Arbeit weiter fortsetzen und die Impulse der Jugend einbringen, so Ann-Kathrin Vogt, stv. Vorsitzende der JU Senden.

Summer JUniversity 2023 - Energiewende und Klimaschutz



Unter dem Motto "Zukunftsgeladen - Energiewende und Klimaschutz aktiv gestalten" trafen sich über 90 JÜler in Bocholt, um in 5 Workshops über Klimaschutz und die Energiewende zu debattieren. Unser Sendener JU-Verband war ebenfalls vor Ort und arbeitete in einem Workshop zu Heizsystemen der Zukunft.

Im Gespräch mit Fachvertretern stellte sich schnell heraus, dass das von der Ampel geplante Gebäudeenergiegesetz den falschen Fokus setze.

Statt staatlicher Verordnungen, müsste man zunächst die technischen Voraussetzungen für eine sichere Stromversorgung schaffen. Die Panik der Regierung hat nur dazu geführt, dass tausende funktionierende Heizungen verschrottet werden:

Das ist das wirkliche Desaster für die Klimabilanz!

Update Migration - mit Dietmar Panske



Im Zuge der überall in Deutschland von Kommunalpolitikern vorgetragenen Probleme durch die aktuelle Migrationspolitik der Ampel, trafen sich die JU Lüdinghausen und Senden gemeinsam mit Dietmar Panske MdL an der Kanalpromenade in Senden.

„Wir müssen die Realität anerkennen“, so Dietmar Panske. Sei es die Realität eines immer stattfindenden Zuzugs oder die Realität einer überbordenden Bürokratie, die einen schnellen Berufseinstieg von Migranten verhindert.

Einig war man sich darüber, dass man das Prinzip des Fordern und Fördern wiederherstellen müsse, indem man zunächst genügend Deutschkurse anbietet.

Erst wenn man die nötigen Ressourcen stelle könne man erwarten, dass sich Migranten aktiv nach einem Beruf suchen, so der einhellige Tenor.

Wolf und Waffenrecht - Talk mit Marc Henrichmann



Über 4500 gerissene Nutztiere im vergangenen Jahr, Millionen für den Herdeschutz. Der Wolf ist zurück! Nachdem das Tier faktisch als ausgerottet galt, hat sich die Population in den letzten Jahren stark vergrößert.

Einige JÜler kamen daher mit unserem Bundestagsabgeordneten Marc Henrichmann zusammen, um über Möglichkeiten der Regulierung zu sprechen, wie sie bereits in anderen europäischen Ländern wie Schweden erfolgreich praktiziert wird.

Darüber hinaus sprach man auch über das aktuelle Waffenrecht in Deutschland. Die Union setzt sich dafür ein, reguläre Kontrollen digital umzusetzen.

So entlaste man die Waffenbehörden und ermögliche, den Fokus auf "Problemfälle" zu setzen. Die Ampel hingegen kapituliert mit ihrer Gesetzesnovelle vor der Illegalität und drangsaliert den rechtschaffenen Jäger.

Eugen Cekanin – Viel mehr als ein Hausmeister

Eugen Cekanin ist verantwortlicher Hausmeister für die Flüchtlingsunterkünfte der Gemeinde Senden und als solcher außerordentlich beliebt. Sowohl bei den Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkünfte als auch bei den Mitarbeitenden des Fachbereiches III, Bürgerservice, Ordnung und Soziales.

Fragt man Rahel Epping, Leiterin des entsprechenden Fachbereichs nach Eugen Cekanin, kommt wie aus der Pistole geschossen: „Ohne Eugen und sein großes Engagement – auch an Wochenenden und nach Feierabend – wären wir oftmals verloren. Er ist immer erreichbar. Und wenn irgendwo ein Wasserrohr bricht oder ähnliche Not herrscht, ist Eugen da. Wenn er sowie das gesamte Team im Sozialbereich nicht so unermüdlich im Einsatz wären, wäre die aktuelle Situation, in der Erfahrung, Empathie und auch Pragmatismus gefragt ist, überhaupt nicht zu bewältigen“.

Eugen Cekanin ist im Ural in Russland als Sohn deutschstämmiger Eltern geboren. Bis zu seiner Ausreise nach Deutschland 2001 hat es fünf Jahre gedauert bis die erforderlichen Papiere und Genehmigungen vorlagen. Dafür musste er einen Sprachtest ablegen und nachweisen, dass er als Spätaussiedler anzuerkennen ist. In der Zeit bis zur Ausreise hat er in seinem Heimatland Agrarwissenschaften studiert.

Als er im März 2001 mit seiner schwangeren Frau nach Senden kam, waren seine Eltern bereits seit einem Jahr hier. Bei ihnen wohnte das junge Paar zunächst bis sie eine eigene Wohnung beziehen konnten. Eugen Cekanin war von vornherein klar, dass das Erlernen der deutschen Sprache Voraussetzung für ein gelungenes Ankommen in Deutschland sein würde. Fragt man ihn nach seinen Erwartungen äußert er sich so: „Mir war absolut bewußt, dass man mir nichts auf dem Silbertablett servieren würde, sondern dass ich mich anstrengen müßte, um hier etwas zu erreichen.“ „Die Formulare waren seinerzeit alle in deutscher Sprache. Es gab keine Dolmetscher, die mir hätten weiterhelfen können. Unterstützung musste ich stets selbst organisieren“ so Cekanin weiter.

Nach sechs Monaten Sprachkurs hatte er einen Stand erreicht, mit dem er sich sprachlich hier gut bewegen konn-

te. Inzwischen war auch das erste Kind, eine Tochter geboren. Um die kleine Familie ernähren zu können, hatte er eine Arbeit am Bauhof der Gemeinde Senden angenommen. Seither ist Cekanin der Gemeinde als Arbeitnehmer treu geblieben. 2015 erfolgte im Rahmen der Flüchtlingskrise dann der Wechsel in den Fachbereich III als Hausmeister der gemeindlichen Flüchtlingsunterkünfte.

In der Zwischenzeit wurden noch zwei Söhne geboren. Und er hat ein Haus für seine Familie in überwiegender Eigenleistung erbaut. An den Wochenenden arbeitet Eugen Cekanin zusätzlich als Lagerist und LKW-Fahrer bei einem ortsansässigen Baustoffhändler. Zudem ist er Mitglied der freiwilligen Feuerwehr. Auch seine Frau ist bei der Gemeinde beschäftigt. Sie arbeitet in der Mensa des Joseph-Haydn-Gymnasiums. Auf die drei Kinder können Eugen Cekanin und seine Frau stolz sein. Während die Tochter Lebensmittelchemie studiert, absolviert der ältere Sohn eine Ausbildung bei der Polizei. Der jüngste Sohn besucht noch das örtliche Gymnasium

Eugen Cekanin ist mit Leib und Seele Hausmeister. Er beschreibt seine Tätigkeit als abwechslungs- und erkenntnisreich. Er mag den Umgang mit den unterschiedlichen Kulturen und Charakteren. Und die Menschen in den Unterkünften mögen ihn. Er ist für sie viel mehr als ein Hausmeister, der sich um den Zustand der Gebäude kümmert. Er hat für alle ein offenes Ohr und ist häufig erster Ansprechpartner für Probleme unterschiedlichster Art. Dabei fängt er vieles schon im Vorfeld auf.

Mit Fleiß, starkem Willen und Eigeninitiative hat sich Eugen Cekanin zusammen mit seiner Frau eine Existenz in Deutschland aufgebaut. Allen, die sich auf den Weg hierhin machen, empfiehlt er, nicht nur auf die Hilfe anderer zu warten sondern selbst aktiv zu werden und vor allem die Sprache richtig zu erlernen.

Gaby Vogdt

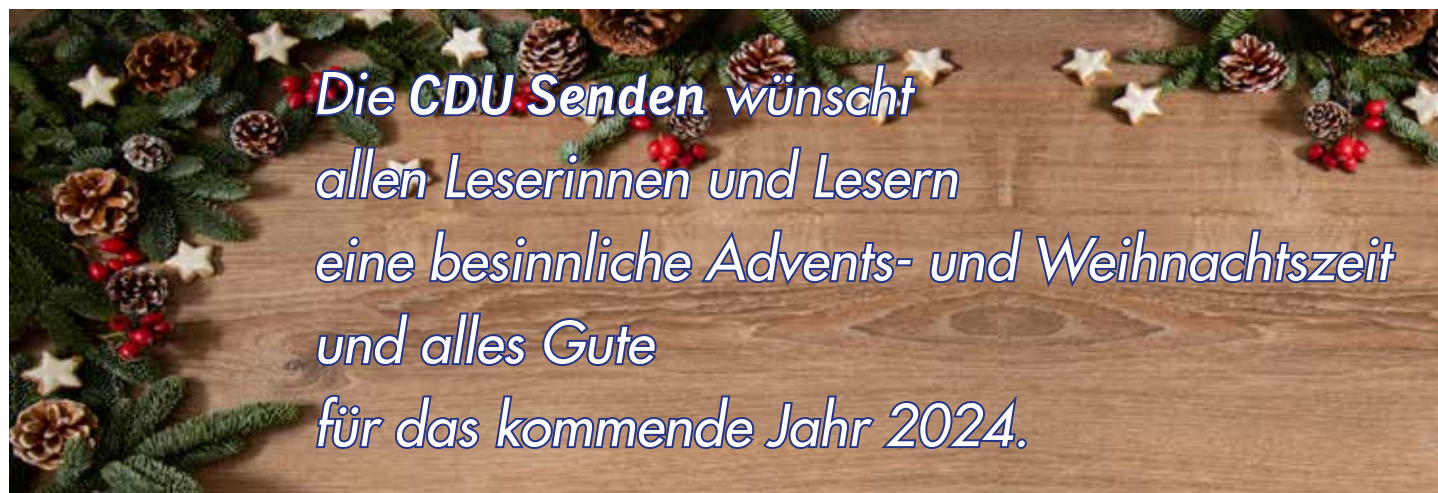


Foto Christiane Lang / CDU Deutschland

Fußgängerzone Herrenstraße

Nun ist die dauerhafte Einrichtung einer autofreien Zone in der Herrenstraße zwischen der Bäckerei Geiping und Bücher Schwalbe beschlossen. Bis dahin wurde in mehreren Arbeitskreissitzungen intensiv über die Ausgestaltung des entsprechenden Verkehrsversuchs, der dem Beschluss vorausgegangen war, diskutiert und beraten.

Wichtig war uns als CDU jeweils der Blick auf die Auswirkungen auf die direkt anliegenden Gewerbebetriebe, die nun von ihren auswärtigen Stammkunden nicht mehr direkt angefahren werden können. Nach wie vor zugelassen sind Fahrräder mit und ohne Motorisierung. Der Lieferverkehr ist zwischen 22 und 12 Uhr jeweils von Sonntagabend bis Freitagmittag erlaubt. Anwohner können beim Ordnungsamt eine Sondernutzungserlaubnis zum Halten fürs Be- und Entladen erhalten, sofern ihr Haupteingang auf der Herrenstraße liegt.

In zwei Wellen – vor dem Start des Verkehrsversuches sowie vor dem Ende – wurden die Bürgerinnen und Bürger durch die Forschungsgruppe BEMA der Uni Münster zur Fußgängerzone befragt. Dabei gab es ein eindeutiges Votum für die Fortführung der versuchsweisen Umwidmung des entsprechenden Abschnitts. Insgesamt 77 % der Be-

fragten bewerteten die Einrichtung einer Fußgängerzone in der Herrenstraße sehr gut bis gut. Parallel dazu wurden auch die Gewerbebetriebe nach ihrer Meinung gefragt. Hier fiel die Zustimmung derer, die die Einrichtung sehr gut bis gut finden mit 46 % erwartungsgemäß geringer aus. Im Sinne der Aufrechterhaltung unseres Ortskerns als zentralem Versorgungsbereich aber auch im Sinne all de-



Fußgängerzone

Foto Gaby Vogdt

rer, die dort ein Gewerbe betreiben und damit ihren Lebensunterhalt verdienen, muss es nun Aufgabe der Politik sein, die weitere Entwicklung in diesem Bereich wachsam im Auge zu behalten und bei Bedarf rechtzeitig durch entsprechende Maßnahmen gegenzusteuern.

Gaby Vogdt

Am Israel Chai – Das Volk Israel lebt

30 Tage sind seit dem 07. Oktober 2023 vergangen. Der Tag an dem wieder so viele Jüdinnen und Juden ermordet wurden wie seit dem Ende der Shoa nicht mehr. 30 Tage an denen Jüdinnen und Juden weltweit wieder in Angst leben, vor Pogromen fliehen müssen, 30 Tage an denen das israelische Volk wieder um sein Land und seine Existenz kämpfen muss.

Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen und Freunden der Opfer. Wir sprechen ihnen unser tiefes Mitgefühl und unsere Trauer aus. Dieser hinterhältige und durch nichts zu rechtfertigende Angriff ist ein Akt der Barbarei, den wir auf das Schärfste verurteilen.

Eine solche Missachtung des Völkerrechts verstößt gegen die Grundprinzipien unseres Zusammenlebens. Jedes Land muss sich uneingeschränkt zum humanitären Völkerrecht bekennen. Wir, die demokratischen Parteien, stehen fest und unverbrüchlich an der Seite Israels und wünschen uns, dass das israelische Volk wieder in Frieden leben kann.

Das Völkerrecht schließt ebenso den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza ein. Wir begrüßen die diplomatischen Bemühungen Deutschlands und seiner Partnerländer, der palästinensischen Zivilbevölkerung dringend benötigte humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Flucht vor Krieg und Gewalt müssen möglich sein. Zugang zu Wasser, Nahrung und medizinischer Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Wir verurteilen die menschenverachtende Strategie der Hamas, Zivilisten als menschliche Schutzschilde einzusetzen und für ihre ideologischen Zwecke zu missbrauchen.

Alle Geiseln in den Händen der Hamas müssen umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

Wir stellen uns schützend vor das jüdische Leben bei uns im Kreis Coesfeld und in ganz Deutschland. Es ist unerträglich, wenn Jüdinnen und Juden sich nicht mehr auf die Straße trauen, wenn jüdische Schulen nur unter strengen Sicherheitsvorkehrungen geöffnet werden können, wenn in Synagogen Angst vor einem Anschlag herrscht und Häuser mit Davidsternen markiert werden.

Diese Berichte aus jüdischen Gemeinden erinnern an die dunkelsten Stunden deutscher Geschichte. Am 09. November 1938 terrorisierten die Nationalsozialisten in Pogromen jüdisches Leben in ganz Deutschland, sie steckten Synagogen in Brand, zerstörten Existenzen, verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden.

**Gemeinsame
Erklärung
der Parteien
im Kreis Coesfeld:
CDU,
SPD,
Bündnis 90 –
Die Grünen
und FDP**

Gerade am 85. Jahrestag sind wir uns der Verantwortung, die aus den Taten unserer Vorfahren erwächst, besonders bewusst. Es darf keinen Schlussstrich geben.

Jetzt und für immer gilt für uns:

Nie wieder!



Eine Zentralmensa für unseren Schulpark

Anfang März haben wir mehrheitlich die vorgezogene Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Sendener Schulen beschlossen, da in den kommenden Jahren mit steigenden Schülerzahlen im Primarbereich zu rechnen ist, die natürlich auch zu wachsenden Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen führen werden.

Dies ist für den Schulstandort Senden durchaus eine positive Entwicklung, da damit auch in den kommenden Jahren unser dreigliedriges Schulsystem fortgeführt werden kann.

Dadurch ergeben sich jedoch auch bei den weiterführenden Schulen räumliche Erweiterungsbedarfe, die durch eine im Schulpark errichtete, zentrale Mensa, die von allen Schülerinnen und Schülern des Schulparks besucht würde, erfüllt werden könnten.

Durch Freiwerden der bisherigen Mensenbereiche im Joseph-Haydn-Gymnasium, der Edith-Stein-Schule sowie der Geschwister-Scholl-Realschule könnten diese Bereiche zukünftig in zusätzliche Klassenräume umgebaut werden.

Die dafür erforderliche Standortsuche ist inzwischen abgeschlossen.

Die Errichtung einer zentralen Mensa soll auf der gemeindlichen Fläche zwischen der Teichanlage und der Geschwis-



Der Standort der Zentralmensa befindet sich hinter dem geschotterten Weg.

Foto CDU Senden

ter-Scholl-Realschule weiterverfolgt werden. Hierfür liegt eine Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Scholz Architekten vor. Ebenfalls zur Überlegung stand die direkte Angliederung der Zentralmensa an die Marienschule, für die das Architekturbüro Kuckert seine Machbarkeitsstudie für die Mariengrundschule um das Raumprogramm für eine Mensa fortgeschrieben hatte.

Dagegen sprach eine eventuelle Beeinträchtigung des Joseph-Haydn-Gymnasiums und vor allem der Marienschule durch eine Vielzahl kommender und gehender Schülerinnen und Schüler sowie eine geringere Akzeptanz als zentraler Mensa für alle.

Der nun gefundene Standort verspricht eine gute Erreichbarkeit von allen Schulen des Schulparks aus mit idyllischer Lage mitten in erholsamem Grün.

Die an diesem Standort der ehemaligen, kommunalen Kläranlage noch durchzuführende Bodensanierung ist eine Maßnahme, die unabhängig von den Mensaplanungen auf der Agenda der Gemeinde steht und für die Fördermittel zu erwarten sind.

Die nächsten Schritte werden die Durchführung der erforderlichen Bauleitplanung sein sowie die Vorbereitung des Auslobungstextes für einen Realisierungswettbewerb und / oder eine europaweite Ausschreibung.



Standort der Zentralmensa im rot gekennzeichneten Bereich

Lizenzinformation:
Geobasis NRW

Gaby Vogdt

Die Demokratie: Ein Wert, für den es sich zu kämpfen lohnt Ein Blick auf unsere Werte und ein Aufruf

Die parlamentarische Demokratie – ein Wert, den wir als CDU besonders schätzen und für den wir mit ganzem Herzen kämpfen. In diesem Artikel werden die Gründe beleuchtet, warum die Mitarbeit und das Eintreten für demokratische Werte – auch in demokratischen Parteien - von entscheidender Bedeutung sind, gerade aus der Perspektive der CDU.

Demokratie ist für uns Christdemokraten nicht nur ein politisches System, sondern eine Philosophie, die auf unseren Grundwerten basiert und sie gleichzeitig schützt. Das gilt von der kommunalen Ebene bis zur europäischen. Die Freiheit des Einzelnen, die soziale Marktwirtschaft und die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung jedes Einzelnen (Subsidiarität) sind Prinzipien, die nur in einer Demokratie zur vollen Entfaltung kommen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Demokratie die einzige Staatsform ist, die diese Werte schützt und fördert. In der Bundesrepublik Deutschland sind diese Werte und Prinzipien fest in unserem Grundgesetz, also unserem Fundament für ein friedliches Zusammenleben, verankert.

Aber was bringen uns diese Prinzipien und was hat jeder Einzelne davon? Die Antworten hierauf klingen so absurd einfach und sind dennoch von so großer Bedeutung, dass es in unser aller Verantwortung liegt, sie zu schützen und zu bewahren.

Stabilität und Frieden

Die Demokratie schafft politische Stabilität und hat einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und weltweit geleistet. Daran muss gerade in Zeiten wie diesen immer wieder erinnert werden. Als CDU sind wir stolz darauf, dass die Europäische Union, die auf demokratischen Prinzipien basiert, eine entscheidende Rolle bei der Friedenssicherung in Europa gespielt hat.

Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung

Die soziale Marktwirtschaft, die fest in unserer christde-

mokratischen DNA verankert ist, findet in der Demokratie ihren idealen Rahmen. Sie ist Garant für eine stabilere Wirtschaft und einen höheren Lebensstandard. Gleichzeitig betonen wir als CDU die Bedeutung der sozialen Verantwortung, um diejenigen zu unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind.

Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheit

Als Christdemokratinnen und Christdemokraten stehen wir für Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheiten. Als CDU setzen wir uns für die Wahrung der Schöpfung – aber auch der Grundrechte und die Sicherheit der Bürger ein. Wir kämpfen für ein gesellschaftliches Umfeld, in dem jeder Einzelne in Freiheit leben und seine Meinung äußern kann, ohne Angst vor Repressalien haben zu müssen. Denjenigen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung für demokratiefeindliches Verhalten nutzen, treten wir in aller Entschiedenheit entgegen.

Mitarbeit in der Demokratie

Die Mitarbeit in der Demokratie ist von entscheidender Bedeutung. Als CDU ermutigen wir die Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu engagieren und sich aktiv an Wahlen und politischen Prozessen zu beteiligen. Im politischen Wettbewerb werben wir für unsere Überzeugungen.

Die Jugend und die Zukunft der Demokratie

Die Einbindung der Jugend in den demokratischen Prozess ist für uns von großer Bedeutung. Wir sehen in der Jugend die Zukunft der Demokratie und setzen uns dafür ein, dass junge Menschen frühzeitig die Bedeutung ihrer Stimme und ihres Engagements erkennen.

Herausforderungen für die Demokratie

Die Demokratie ist nicht nur für Deutschland von Bedeutung, sondern auch auf globaler Ebene. Sie fördert den Frieden, die Menschenrechte und die Zusammenarbeit

zwischen Nationen. Als CDU setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland auf der internationalen Bühne eine führende Rolle spielt und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit unterstützt.

Ein Aufruf zur Mitarbeit und zum Eintreten für demokratische Werte

Die Demokratie ist ein unschätzbare Gut, das es zu schützen und zu fördern gilt. Als CDU sind wir überzeugt, dass sie die besten Bedingungen schafft, um unsere Werte wie Freiheit, soziale Marktwirtschaft und individuelle Freiheit zu bewahren. Unsere Aufgabe ist es, die Demokratie zu stärken und sicherzustellen, dass sie weiterhin das Modell für Stabilität, Wohlstand und Freiheit in Deutschland und der Welt bleibt. Denn die Demokratie ist es wert, für sie einzustehen.

Unsere demokratischen Werte sind derzeit in Gefahr. Wir sind uns bewusst, dass die Demokratie vor Herausforderungen steht. Populismus, politische Polarisierung und die Verbreitung von Fehlinformationen können die Funktionsweise unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gefährden. Als CDU-Politiker ist es unsere Aufgabe, diese Herausforderungen anzuerkennen und daran zu arbeiten, die demokratischen Prinzipien zu stärken und zu schützen. Eine wehrhafte Demokratie braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten – auf allen politischen Ebenen. Sie sind der Garant für Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität. Demokratien sterben langsam und nicht mit einem Knall!

Unsere Bitte: Engagieren Sie sich!



Markus Klaus
Kreistagsabgeordneter für den Ortsteil Bösensell
Landesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands

Fotos CDU Senden

Demokratie beginnt auf kommunaler Ebene – sprechen Sie uns an und machen mit!



Günter Mondwurf
Gemeindevorstandsvorsitzender
CDU Senden
g.mondwurf@cdu-senden.de



Gaby Vogdt
Ortsverbandsvorsitzende
CDU Senden
g.vogdt@cdu-senden.de



Felix Wierling
Ortsverbandsvorsitzender
CDU Ottmarsbochol
F.wierling@cdu-senden.de



Axel Hengstermann
Ortsverbandsvorsitzender
CDU Bösensell
a.hengstermann@cdu-senden.de

Die CDU AnsprechBAR vor Ort in Bösensell

Unterwegs in den Nachbarschaften des Ortsteils

Immer wieder wird den Parteien vorgeworfen sich nur bei Wahlen mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen und danach wieder in der Versenkung zu verschwinden. Dass gerade dies in der Kommunalpolitik nicht zutrifft und die Vertreter aktiv am Dorfleben teilhaben, zählt dabei oft nicht. Der CDU Ortsverband Bösensell suchte nach einem Weg einfach und unkompliziert noch intensiver den Kontakt herzustellen und Anregungen aus der Bevölkerung für die weitere Entwicklung Bösensells aufzunehmen. Als das Thema Ende 2022 auf der Agenda einer Vorstandssitzung stand, war das Konzept schnell festgelegt, da es alles andere als neu war und dabei noch so einfach ist:

- Eine interessierte Bürgerin oder ein interessierter Bürger spricht einen Termin ab und lädt nach Feierabend im Namen des Ortsverbands die Nachbarschaft ein und stellt den Vorgarten oder die Einfahrt zur Verfügung
- Der CDU Ortsverband kommt mit seinem mit Stehtisch und Sonnenschirm ausgerüsteten Lastenrad und Getränken vorbei und los geht's.

Im vergangenen Sommer hatten die CDU-Vertreter drei Mal die Gelegenheit mit den Nachbarschaften zu den verschiedensten Themen ins Gespräch zu kommen. Die Anwesenden nutzen dabei die Gelegenheit, die Kommunalpolitiker zu aktuellen Themen anzusprechen und diesen durchaus kritisch, aber sachlich auf den Zahn zu fühlen. Dass das Konzept erfolgreich ist, bewiesen die Kommunalpolitiker umgehend. Zwei Anregungen wurden direkt aufgenommen und über zwei Anträge in den Bezirksausschuss Bösensell eingebracht.

- 1) Installation einer Straßenbeleuchtung für Radfahrer und Fußgänger entlang der B235/L550 von der Einmündung „Am Dorn“ bis zum Bushaltepunkt Fahrtrichtung Münster
- 2) Berücksichtigung eines Skateplatzes für Kinder und Jugendliche in der Bauleitplanung bei der Erweiterung des Wohngebietes Hanloh bzw. des Gewerbegebietes Hanloh



Die Nachbarschaft im Eichenweg interessiert sich vor allem für die Sanierung der Espelstraße



Im Sportsfeld waren Informationen zum geplanten KiTa-Neubau von großem Interesse

Das Konzept der CDU AnsprechBAR ist in Bösensell gut gestartet. Die Tatsache, dass aus den Veranstaltungen bereits zwei Anträge für den BZA entstanden sind, bekräftigt die Bösenseller CDU dieses Konzept im Jahr 2024 fortzuführen und auszuweiten.

Hätten Sie Interesse, der CDU AnsprechBAR mal bei Ihnen zuhause Platz zu gewähren? Auch gerne als Nicht-CDU-Mitglied!

Dann schreiben Sie uns eine Mail an a.hengstermann@cdu-senden.de und wir rufen zurück.

Axel Hengstermann



DORFSTRAÙE 31 | 48308 OTTMARSBOCHOLT

Excellenter persönlicher Service
für Computer, Netzwerke und Sicherheit



AnBra-IT unterstützt Sie persönlich und schnell in allen Hard- und Softwareangelegenheiten, Netzwerk- und Sicherheitsfragen im Münsterland und darüber hinaus.



24 Stunden am Tag

TELEFON: 0 25 98 –
9 29 79 39

INTERNET: www.anbra-it.de
E-MAIL: info@anbra-it.de

Durch wechselnde Winde zur CO₂-Neutralität

Der Bau der ersten Windenergieanlage in Bösensell ist gestartet

Was lange währt, wird endlich gut: Bereits im Jahre 2012 begannen die ersten Planungen für das erste „Windrad“, wie die Windenergieanlagen (WEA) gemeinhin genannt werden.

Der Standort der ersten Überlegungen, die noch privat initiiert worden waren, wurde letztendlich auch im Verfahren zur Flächennutzungsplanung „Windenergie“ der Gemeinde Senden identifiziert und positiv bewertet. Und von Anfang an waren auch diejenigen eingeladen, den Prozess zu begleiten, die unmittelbar betroffen sein würden - die Nachbarn der künftigen WEAs. So wurden etwa gemeinsam bereits bestehende Anlagen in der Nähe besichtigt, um deren Geräuschemissionen oder ihren Schattenwurf in Augen- (bzw. Ohrenschein) zu nehmen.

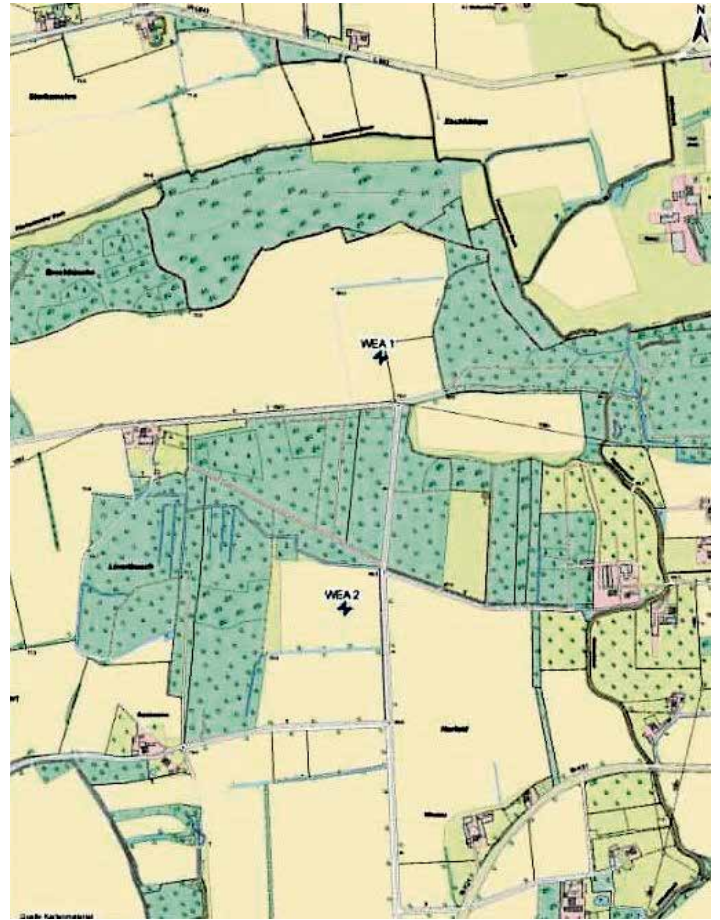
Doch nach dem Wegstück mit Rückenwind setzte Flaute ein. Obwohl bereits erste Untersuchungen in Auftrag gegeben waren, verließ der Entwickler das Boot. Doch strich die politische Gemeinde nicht die Segel: Sie identifizierte aus ordnungspolitischen Gründen sog. ‚Konzentrationsflächen‘, in denen WEAs errichtet werden könnten, und steuerte dafür benötigte Änderungen des Flächennutzungsplans an – darunter auch Flächen in der Alvingheide nordöstlich des Ortskerns von Bösensell. Und auch die Eigentümer potenzieller Flächen navigierten weiter gen Windenergie – sie suchten neue Entwickler und trieben die Planungen weiter voran. In der Politik wurden die neuen Flächenkulissen intensiv diskutiert – und im Zuge der Offenlegung und Beteiligung der Bürger wuchs gleichzeitig der Gegenwind gegen den Bau dieser Anlagen.

Bürgerproteste und Klageverfahren verzögerten die Umsetzung – hier insbesondere die Änderung des Flächennutzungsplans – nicht unerheblich. Auch in den Reihen der CDU gab es zunächst durchaus kritische Nachfragen und Informationsbedarf. Wichtig war dabei die Klärung der notwendigen Fragestellungen bezüglich einer rechtskonformen Planung.

Der Entwickler segelte weiter hart am Wind und setzte seine Arbeit auf der Basis des allgemeinen politischen Willens auf Bundes- und Landesebene und der dadurch erlassenen Gesetzesänderungen fort.

Danach aber meldete die Windprognose aufkommenden Rückenwind: Die Entwicklungen waren nunmehr so weit vorangeschritten, dass die Baubehörde des Kreises Coesfeld ihr Einverständnis erklärte und damit im Ergebnis dem Willen in Politik und Verwaltung folgte. Mit dem Abschluss aller Klageverfahren zugunsten der Betreibergesellschaft wurde die Baugenehmigung erteilt – und ruhiges Fahrwasser erreicht.

In ruhigem Fahrwasser segelt nun die erste WEA ihrer Fertigstellung in 2024 entgegen (s. Lageplan). Die Infrastrukturen für den Bau werden zurzeit geschaffen – und die klimafreundliche Stromproduktion befördert hoffentlich auch eine noch breitere gesellschaftliche Akzeptanz.



Lageplan Windenergieanlage Bösensell
(Quelle: www.w-wind.de/windpark-senden)

Auch die Gemeinde darf sich über Schub aus Bösensell freuen: Sie wird von den Steuereinnahmen aus dem Betrieb der Anlage profitieren wie auch aus einer freiwilligen jährlichen Abgabe.

Was zeigt sich im Rückblick auf Planung und Entwicklung? Wenn politischer Wille, privates Engagement und saubere Verwaltungsarbeit denselben Kompass haben, sind gemeinsame Ziele zügig erreichbar.

Gebhard von und zur Mühlen

Hersteller	Enercon GmbH
Typ	2 x Enercon E-160 EP5 E3
Leistung	2 x 5,56 MW
Nabenhöhe	160 m
Rotordurchmesser	160 m
Ertrag des Windparks	2 x 16.000 kWh/Jahr
Eingesparte CO ₂ -Emissionen	2 x 12.000 t
Bauherr	WestWind Projektierungs GmbH & Co. KG

Zahlen, Daten und Fakten zum im Bau befindlichen Windpark Senden-Bösensell
(Quelle: www.w-wind.de/windpark-senden)

Neues aus dem Bezirksausschuss

Auch bei den letzten beiden Bezirksausschüssen wurde wie in den Jahren zuvor ausschließlich nur von der Ortsunion Anträge für den Bezirksausschuss eingereicht. Folgende Anträge wurden in den letzten beiden BZA öffentlich beraten und beschlossen, zudem wurde u.a. folgendes von der Verwaltung berichtet:

1. Wärmewende Privathaushalte

Im Sinne des Klimaschutzes wurde durch die CDU Ottmarsbocholt ein Prüfauftrag für die Verwaltung zur Beratung eingestellt, der eine Wärmewende auch für Privathaushalte ermöglichen soll. Hier wurde im Antrag, anders als es vorgegangenen schwammige und allgemein gehaltene Diskussionen einer anderen Fraktion zum Inhalt hatte, konkret der Landwirt Herr Johannes Schulze-Bölling als möglicher Wärmelieferant genannt. Die Abwärme seiner Biogasanlage und die geplante Erweiterung der Anlage zur Aufbereitung von Biomethan soll hierzu genutzt werden, um ein Nahwärmenetz auch für Privathaushalte ermöglichen zu können. Es sollen seitens der Verwaltung die technischen und rechtlichen Möglichkeiten, die Umsetzungs- und Fördermöglichkeiten geprüft werden sowie das Potenzial von ergänzenden und ersetzenden Heizquellen analysiert werden. Beschluss: einstimmig.

2. Steigerung der Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger

Die von der CDU Ottmarsbocholt beantragten Markierungsarbeiten an der Kirchstraße sind mittlerweile erfolgt und abgeschlossen. Auch die bemängelte Verkehrssituation an der Engstelle Venner Straße wurde durch Markierungen entschärft. Die genannten Maßnahmen wurden bisher von den Ottmarsbocholtern positiv zurückgemeldet.

3. Wohnbebauung Freiflächen Sudendorp

Aufgrund der nach wie vor bestehenden sehr hohen Nachfrage an Wohnraum, insbesondere von Ottmarsbocholtern, sowohl zum Kauf als auch zur Miete und der daraus resultierenden infrastruktursichernden Entwicklungsmöglichkeit beantragte die Ortsunion die Vergabe, der noch freien schon im Bebauungsplan überplanten, östlichen Grundstü-

cke im Sudendorp. Mit den bisher bewährten Vorgaben der architektonischen Kleinteiligkeit, dem angemessenen Teil an öffentlich geförderten Wohnraum sowie auch eine ortsangemessene Anzahl von Wohneinheiten, soll die Vergabe im Rahmen eines Investorenwettbewerbs erfolgen. Der Antrag der Ortsunion ließ hierbei aber auch deutlich Raum für kreative Vorschläge, die sich aber an den bestehenden Bebauungsplan richten müssen.

Beschluss: einstimmig.

Patrick Alfs
(Vorsitzender Bezirksausschuss
Ottmarsbocholt)



Sudendorp



Venner Straße



Kirchstraße

Fotos Patrick Alfs



BESTATTUNGEN PINNEKAMP

NEUSTRASSE 46 | 59348 LÜDINGHAUSEN | 02591 21793

Taktgefühl, Einfühlungsvermögen und Fachwissen sind für uns grundlegende Elemente, um Ihnen in der Trauersituation und bei der Bestattungsvorsorge hilfreich zur Seite stehen zu können.

Durch Erfahrung aus über 100 Jahren Traditionsgeschichte und ständige Schulungen unseres Teams können wir Sie umfassend beraten.

**- Von Tradition bis Innovation -
Ihre Bedürfnisse stehen bei uns im Mittelpunkt!**



WWW.STEPHAN-PINNEKAMP.DE | BESTATTUNGEN@STEPHAN-PINNEKAMP.DE

Baugebiet Hörskan – Eine gute Entwicklung für Ottmarsbocholt

Die Planungen für ein neues Wohnbaugebiet in dem Bereich zwischen Holzfeld, Broholt und Davertweg im Norden von Ottmarsbocholt schreiten voran.

In zwei gut besuchten Informationsveranstaltungen konnten Anregungen und Bedenken aufgenommen werden und in den Planungen berücksichtigt werden. Auf Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger sowie Ottmarsbocholter Kommunalpolitiker wird die Realisierung eines direkten Anschlusses an die Venner Straße möglich. Damit kann sowohl der Baustellenverkehr als auch ein Großteil des späteren Verkehrs von den innerörtlichen Straßen und der Broholt fern gehalten werden.

Ursprünglich war vorgesehen eine Fläche von insgesamt ca. 8 ha zu realisieren. Dies ist etwas weniger als das Gebiet der letzten beiden Baugebiete Strontianitfeld und Sudendorp.

Das Neubaugebiet Hörskan, das über eine eigene Anbindung an die Venner Straße erschlossen werden soll, bedarf einer gewissen Größe, damit sich die nicht unerheblichen Erschließungskosten auf viele Bauwillige verteilen können.

Aufgrund misslungener Vorgaben der Regionalplaner wird nun die Planung voraussichtlich mit einer um etwa ¼ kleineren Fläche umgesetzt. Die Bebauung wird dann ebenso wie im Baugebiet im Süden von Ottmarsbocholt in Bauabschnitten im Laufe mehrerer Jahre erfolgen.

Anders als aktuell in Münster werden in Ottmarsbocholt auch Einfamilien- und Doppelhäuser möglich sein, nicht bloß Reihenhäuser und Mehrfamilienhäuser, so dass eine zum Dorf passende Durchmischung der Bautypen vorzufinden ist. Die Sorgen von Anwohnern vor einer hohen Verdichtung sind daher unbegründet. Bezeichnungen wie „XXL Baugebiet“ sind angesichts der im Ort seit langem vorhandenen Mehrfamilienhäuser in den bisherigen Wohngebieten wie z.B. in den Straßen „Von-Galen-Straße“ oder „Feldmark“ unpassend. Das geplante Baugebiet kommt dem



Lageplan Hörskan
Quelle: Gemeinde Senden

Wunsch vieler Ottmarsbocholter nach im Heimatdorf ein Eigenheim zu realisieren oder sich seniorengerecht zu verkleinern. Durch das damit verbundene Wachstum des Ortes kann auch

die Infrastruktur wie z.B. Apotheke, Bankfiliale, Supermarkt etc. im Dorf langfristig erhalten werden.

Sascha Weppelmann

Warum das Gebiet ca. 2 ha kleiner werden soll

Die Statistiker von IT NRW hatten zuletzt einen Bevölkerungszuwachs in Höhe von rund + 12 % für die Gemeinde Senden in den nächsten Jahren prognostiziert. In der aktuellen Erhebung gelangt IT NRW entgegen aller sonstigen Erhebungen und Prognosen plötzlich zu einer schrumpfenden Bevölkerung von – 10 % und hat daraufhin den zukünftigen Flächenbedarf zusammengestrichen. Grundlage der Prognose war jedoch ein Betrachtungszeitraum, in dem die Gemeinde tatsächlich eine stagnierende beziehungsweise leicht rückläufige Tendenz der Einwohnerzahl zu verzeichnen hatte.

Dies muss jedoch als Sondereffekt gesehen werden, der nicht den tatsächlichen Entwicklungen in den Jahre davor oder danach entspricht.

Im sogenannten „Speckgürtel von Münster“ ist aber sicherlich nicht mit einer stagnierenden Nachfrage zu rechnen, wie auch anhand der übrigen Kommunen des Kreis Coesfeld deutlich wird.

Senden wird also durch einen statistischen Zufall massiv in der Entwicklung benachteiligt.

Senioren-Union mit neuem Vorstand und Beirat – Wahl vom 08.05.2023

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung stand satzungsgemäß die Neuwahl des Vorstandes und des Beirates auf der Tagesordnung. Nach der geheimen Wahl setzt sich das neue Führungsgremium der Senioren-Union wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Franz-Josef Schulze Zumkley
Stv. Vorsitzender: Günter Mondwurf
Stv. Vorsitzender: Josef Brüning

Beirat : Norbert Große Kintrup
Thomas Hüske
Dorothe Lehnard
Wilhelm Lindfeld
Klemens Rave
Elisabeth Schulze Höping
Karl Schulze Höping

Kraft Amtes ist der neue Ehrenvorsitzende der SU, Günter Wierling, ständiger Gast auf allen Sitzungen des o. g. neuen Führungsgremiums.

Die SU stand auf dieser Jahreshauptversammlung vor einer personellen Zäsur. Der bisherige Vorsitzende Günter Wierling stand nach mehr als 45-jähriger politischer Arbeit in mehreren verschiedenen Funktionen und Ämtern in der CDU und nach über 10-jähriger Tätigkeit als SU-Vorsitzender für eine **Neuwahl als Vorsitzender** nicht mehr zur Verfügung.

Norbert Große Kintrup würdigte auf der Versammlung in seiner Laudatio Wierlings Verdienste um die SU: „**Du hast in deiner 10-jährigen Amtszeit als Vorsitzender die SU weiter nach vorne gebracht und hast maßgeblich dazu beigetragen, was die SU heute ausmacht. Im Kreis Coesfeld schauen viele Gemeinden mit Achtung und Respekt auf unsere aktive und überaus erfolgreiche SU. Das ist dein Verdienst**“. Norbert Große Kintrup führte weiter aus: „**Unter deiner Führung ist der Bürgerbusverein gegründet worden, der heute aus Senden nicht mehr wegzudenken ist. Unter deiner Leitung wurde auch die Bürgerstiftung ins Leben gerufen, die heute in unserer Gemeinde wertvolle Arbeit leistet.**“



Franz-Josef Schulze Zumkley

Wegen Günter Wierlings geleisteter Arbeit und als Dank dafür wurde er einstimmig in geheimer Abstimmung zum Ehrenvorsitzenden der SU Senden gewählt. Norbert Große Kintrup gratulierte unter Beifall der Versammlung zu der Wahl und überreichte ihm einen Blumenstrauß und eine Ehrenurkunde.

Franz-Josef Schulze Zumkley



(Auf dem Bild der neue Beirat mit dem Vorsitzenden am 31.05.2023 von links nach rechts) Thomas Hueske, Dorothee Lehnardt, Norbert Große Kintrup, Franz-Josef Schulze Zumkley, Klemens Rave, Wilhelm Lindfeld, Karl und Elisabeth Schulze Höping (von links nach rechts) Es fehlen die stellv. Vorsitzenden Josef Brüning und Günter Mondwurf, sowie der Ehrenvorsitzende Günter Wierling.

Fotos Franz-Josef Schulze Zumkley

Gibt es in Senden und in den Ortsteilen einsame Menschen?

Mit diesem Thema und mit der Frage, was wir in unserer Gemeinde gegen die Einsamkeit der älteren Mitbürgerinnen unternehmen können, beschäftigten sich Vorstand und Beirat der Sendener Senioren-Union (SU) der CDU.

Zur fachlichen Unterstützung hatte die SU Fachpersonal aus der Gemeinde eingeladen:

Frau Ute Albrecht

(Pastoralreferentin der Pfarrgemeinde),

Herrn Jörg Beerhorst

(Leiter der Altenheime),

Herrn Michael Engbers

(Sozialdienstleitung im St. Johannes),

Frau Susanne Espenhahn

(Sachgebietsleiterin bei der Gemeinde für Demographie, Ehrenamt und Familienförderung),

Frau Jolanthe Sielenkemper

(Tagespflege am Grete-Schött-Ring)

sowie

Vertreterinnen der Führungsteams der KFD

aus allen Ortsteilen.

Der Vorsitzende der SU Franz-Josef Schulze Zumkley stellte in seiner Einleitung fest, dass es viele ältere Mitmenschen gibt, die in der Mobilität eingeschränkt und deshalb von Einsamkeit bedroht sind. Diese Auffassung wurde von den Vertretern der SU und von o. g. Gästen geteilt. Alle Veranstaltungsteilnehmer waren sich jedoch einig, dass in

Senden und in den Ortsteilen bereits viel den älteren Menschen geboten wird. Die Angebote sollten und müssten allerdings noch erweitert und verbessert werden, z. B. durch einen täglich geöffneten Seniorentreff. Sinnvoll wäre auch ein täglicher preiswerter Mittagstisch in allen Ortsteilen.

Die Angebote der derzeitigen Mittagstische, das Netzwerk „Alter, Demenz, Pflege“, die Krankenkommunion, die Tagespflege, der Pflegewegweiser und der Palliativtag sind nur einige Stichworte, die nicht allen älteren Personen bekannt sind. Viele Angebote werden auf der Computerwebseite und der Homepage der Gemeindeverwaltung beschrieben. Die Homepage wird laufend aktualisiert und erweitert. Der SU-Vorsitzende forderte alle Gesprächsteilnehmer dazu auf, nicht nur Verbesserungen der Homepage der Gemeindeverwaltung und dem Vorstand der SU mitzuteilen, **sondern auch die seniorengerechte Bedienung der Homepage zu prüfen.**

Um im Interesse der Älteren den Bekanntheitsgrad der aktuellen Aktivitäten, Angebote und Informationen zu erhöhen, regt die SU an, dass die örtlichen Vereine und Organisationen den gemeindlichen Veranstaltungskalender intensiver füllen.

Es bestand Einigkeit darüber, dass die älteren Mitmenschen, soweit sie nicht selbstbestimmt zu Hause bleiben möchten, durch gezielte besondere Ansprachen und durch Mitnahme zu den diversen Angeboten aktiviert werden sollten. In diesem Punkt besteht nach Auffassung der SU Nachholbedarf.

Norbert Große Kintrup

Besuch der Tagespflege am Grete-Schött-Ring

Die CDU-Senioren-Union (SU) hatte alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Senden zu einem Besuch der neuen Tagespflege am Grete-Schött-Ring eingeladen. Die Leiterin der Tagespflege, Frau Jolanthe Sielenkemper, erklärte den Tagesablauf in ihrem Haus und beantwortete ausführlich Fragen zur Finanzierung ihrer offenen und sehr hellen modernen Einrichtung, in der sich u. a. ein großer Ess- und Gemeinschaftsraum befindet.

Die Tagespflege ist montags bis freitags von 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet. Sie übernimmt die Betreuung und pflegerische Hilfestellung der Personen, die einsam sind und Hilfe bedürfen. Zum Tagesablauf der Einrichtung gehören Angebote wie kreatives Gestalten, Gedächtnistraining, Bewegungsrunden, gemeinschaftliches Singen und Musizieren, Kochen, Backen, Ausflüge und u. a. gemeinsame Feste. Notwendige Therapien wie z. B. Physiotherapie oder Logopädie können in der Tagespflege angeboten werden. Auf Wunsch besteht die Möglichkeit, Dienstleistungen wie Fußpflege und Friseurbesuche in Anspruch zu nehmen.

Jolanthe Sielenkemper leitet die Tagespflege für 14 Personen, ein täglicher Fahrdienst steht zur Verfügung. Ein aktives Qualitätsmanagement sichert Leistungen auf hohem Niveau.

Die Tagespflege ermöglicht es älteren Menschen mit und ohne Hilfebedarf, dass sie ihren Lebensmittelpunkt weiter in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung halten können. Sie schafft darüberhinaus Entlastung, Ausgleich und Abwechslung für alle Beteiligten, auch für die Angehörigen. Die Informationen der Leiterin der Tagespflege waren aufschlussreich und wurden von allen Besuchern überaus positiv aufgenommen.

Die SU unterstützt übrigens die Planung der Caritas, im Ortsteil Bösensell auf dem Gelände des heutigen Schwesternhauses auf der Espelstraße, eine Tagespflege zu bauen. Mit diesem Bau, der hoffentlich bald erfolgt, geht ein Wunsch der SU in Erfüllung.

Franz-Josef Schulze Zumkley



Die CDU-Senioren-Union im Gemeinschaftsraum der Tagespflege

Foto Franz-Josef Schulze Zumkley

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Senden, Ottmarsbocholt, Bösensell und Venne,

in zurückliegenden Beiträgen des „Blickpunktes Senden“ äußerte ich meine Hoffnung zum baldigen Ende des Krieges in der Ukraine. Leider gehen der Angriffskrieg Russlands und somit auch das Leid der Menschen in der Ukraine unvermindert weiter. Millionen von Menschen mussten flüchten, allein Deutschland nahm über 1,1 Millionen Ukrainer auf.

Auch der Kreis Coesfeld und seine angehörigen Städte und Gemeinden leisten hier umfangreiche Hilfen. Seit Kriegsbeginn am 24.02.2022 wurden ca. 3.900 Geflüchtete aus der Ukraine im Kreis Coesfeld registriert. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts Ende Oktober halten sich ca. 2.850 Ukrainer im Kreis Coesfeld auf. Die Fluktuation bei den Menschen aus der Ukraine ist relativ hoch. Viele ziehen innerhalb der Bundesrepublik um, um näher bei ihren Angehörigen leben zu können; Einige sind auch in ihr Heimatland zurückgekehrt.

In die Gemeinde Senden zogen auf eigene Veranlassung seit Kriegsbeginn ca. 250 Ukrainerinnen und Ukrainer. Hinzu kommen 80 ukrainische Kriegsgeflüchtete, welche der Gemeinde Senden durch das Land NRW zugewiesen wurden.

Die Ukraine ist nicht der einzige Kriegsschauplatz. Am 07.10.2023 griff die Terrororganisation Hamas völlig unvermittelt Israel mit Raketen an, tötete dabei über 1.400 unschuldige Menschen und nahm mehr als 200 Geiseln. Den berechtigten Gegenangriffen der Israelis zum Bekämpfen der Terroristen sind ebenfalls vermutlich tausende unbeteiligte Zivilisten zum Opfer gefallen. Im Süden des abgeriegelten Gazastreifens droht eine humanitäre Katastrophe für die dorthin geflüchteten Menschen.

Und damit nicht genug. Die Kriege in Syrien, im Jemen und in zahlreichen Staaten und Regionen in Afrika gehen weiter. Die Talibanregierung in Afghanistan und das Mullah-Re-

gime im Iran treten die Menschen- und insbesondere die Frauenrechte mit Füßen. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass auch die Zahl der Asylbewerber und der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, in diesem Jahr stark gestiegen ist. Während 2021 dem Kreis Coesfeld 361, im vergangenen Jahr 543 Menschen zugewiesen wurden, waren es bis Ende Oktober in diesem Jahr bereits ca. 950 (alle Angaben ohne ukrainische Geflüchtete).

Diese Entwicklung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen bei der Unterbringung der geflüchteten Menschen. Gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beschloss der Kreis Coesfeld deshalb, dass bisher allein zur vorübergehenden Unterbringung von Ukrainern vorgesehene Josefshaus in Lüdinghausen-Seppenrade auch für Geflüchtete anderer Nationen zu öffnen.

Erfreulicherweise konnten in den letzten Monaten fast alle Stellen im sog. „Casemanagement“ beim Kreis und bei den Städten und Gemeinden besetzt werden. Hier fördert das Land NRW Personalstellen im sog. „Kommunalen Integrationsmanagement“. Diese Fachkräfte unterstützen die Menschen mit Flucht- oder Einwanderungsgeschichte im Rahmen der vielfältigen Integrationsaufgaben in frühkind-

„ **Diese Entwicklung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen** “



Dr. Christian Schulze Pellengahr

Fotos Kreis Coesfeld



Pendlerportal PENTLA
Kostenlos Account erstellen unter kreis-coesfeld.pendla.com

lichen, schulischen, Ausbildungs- und Arbeitsbereichen.

Von der Weltpolitik bis hin in jede einzelne Familie beschäftigen sich die Menschen mittlerweile mit den Themen „Klimaschutz, Energieversorgung und dem Erhalt der natürlichen Ressourcen“. Viel zu lang wurden diese



Andreas Huber, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft Club of Rome, Vortrag auf der Auftaktveranstaltung der Klimaschutzwochen des Kreises Coesfeld am 12.09.2023

„Menschheitsfragen“ stiefmütterlich behandelt. Und auch wenn Deutschland allein „nicht die Welt retten kann“ und der Kreis Coesfeld wiederum allein nicht besonders ins Gewicht fällt – jede und jeder Einzelne kann etwas tun.

Der Kreis Coesfeld hat den Ernst der Lage bereits vor Jahren erkannt und bemüht sich innerhalb eines umfangreichen Klimaschutzkonzepts um eine bürgerfreundliche Umsetzung zahlreicher klimaschonender Maßnahmen. So wurden die diesjährigen Klimaschutzwochen am 12.09.2023 in der Steverhalle in Senden eröffnet. Höhepunkt der Auf-

taktveranstaltung war der Vortrag von Andreas Huber, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft Club of Rome. Herr Huber analysierte die Bedingungen, die dazu führen, dass es uns allen so schwerfällt, der Klimakrise etwas entgegen-zusetzen. Die Kernbotschaft seines Vortrags war aber eine optimistische: Er zeigte deutlich auf, wie Klimaschutz unser Leben bereichern kann und wir alle auch mit wenigen Einschränkungen mithelfen können, die Transformation zu einer zukunftsfähigen Welt zu gestalten.

Kleine, aber feine Maßnahmen, die insbesondere Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Senden klimaschonend nutzen können sind u.a. der Express-Bus X90, welcher ähnlich einer Zugverbindung nur noch wenige Haltestellen zwischen Olfen-Lüdinghausen-Senden und Münster bedient und die sog. „kommit-Shuttles“, die an über 70 per APP anzuwählenden Haltestellen im Ortsteil Senden für ein (bis Ende des Jahres 2023 noch kostenloses) Abholen und Zurückbringen zu den Haltestellen des Express-Busses X90 oder zum Schnellbus sorgen.

Oder Sie nutzen „für die letzte Meile“ das Angebot, einen Elektro-Roller zu mieten.

Wer nicht ganz auf das Auto verzichten kann hat seit dem Frühling 2023 auch die Möglichkeit, das kreisweite Pendlerportal „PENTLA“ zu nutzen, um für den täglichen Weg zur Arbeit Fahrgemeinschaften zu bilden. Die APP vergleicht die Routen der Pendelnden in der Umgebung und zeigt die besten Ergebnisse auf einen Blick, so dass eine Abstimmung über die gemeinsamen Fahrten unkompliziert erfolgen kann.

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Senden, Ottmarsbocholt, Bösensell und Venne,

die täglichen Nachrichten sind gefüllt mit Schreckensmeldungen und Berichten von Umständen, die uns allen Sorge bereiten.

Fast könnte der Eindruck gewonnen werden, dass es nichts Positives mehr zu vermelden gibt. Aber in fast jeder Krise zeigen sich auch Chancen. So hat der Krieg in der Ukraine einmal mehr gezeigt, wie solidarisch und hilfsbereit sich viele Menschen gegenüber den Leidtragenden zeigen, auch im Kreis Coesfeld.

Ehrenamtliche und hauptamtliche Akteure bemühen sich ständig, den Herausforderungen unserer Zeit menschlich zu begegnen und ein soziales Miteinander zu fördern.

Gerade die nun bevorstehende Adventszeit lädt dazu ein, sich auch auf die humanitären Grundlagen unseres Zusammenlebens zu besinnen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und für den Start in das neue Jahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Zufriedenheit.

Ihr Landrat

Dr. Christian Schulze Pellengahr

Klimaoptimismus statt Weltuntergang

Klimaneutrales Europa 2050. Max Mustermann im Elektrobuss auf dem Weg zur Arbeit in das Chemiewerk am Stadtrand. Immerhin 20 % der Beschäftigten konnten bleiben. Sie produzieren chemische Grundstoffe jetzt klimaneutral mit grünem Wasserstoff. Alles andere lässt der Konzern aus Kostengründen und der in der EU zu starken Wasserstoffregulierung an anderen Konzernstandorten der Welt herstellen - dort auch ohne Chemikalienverordnung (Reach). Traurig blickt Max aus dem Fenster.

Und dann kommt noch rechts das Fabrikgelände einer ehemaligen Verzinkerei. Grün überwuchert, aber immerhin hat es das ehemalige Familienunternehmen noch geschafft, ein kleines Industrie-Museum „Haus der Verzinkerei-Geschichte“ für die Nachwelt zu erhalten.

Kreativ erhalten blieb auch die benachbarte ehemalige Großgärtnerei. Heute mit einer Demonstrationsanlage für den Treibhauseffekt - im ehemals größten Gewächshaus der Region. Max war einmal da und hörte die Geschichte, dass Energie schlicht unbezahlbar war, Blackouts die Pflanzen vernichteten und Brüsseler Regulierung ein Problem damit hatte, dass mithelfende Familienangehörige nach Geschlechtern unterschiedlich entlohnt wurden, obwohl das im kleinen Betrieb doch alles freiwillig und pragmatisch geregelt war.

Ein fatalistischer Ausblick für 2050? Nein, Mittelstand und Industrie sind wegen Bürokratieaufwand und der weltweit höchsten Strompreise an der Belastungsgrenze oder darüber. 46 % des industriellen Mittelstands verlagern gerade aktiv Teile der Produktion ins Ausland bzw. haben dafür konkrete Pläne. Noch überdeckt die demographische Lücke die Folgen für den Arbeitsmarkt. Aber in spätestens zehn Jahren ist klar: Deutschland geht mit Europa den Weg Großbritanniens von der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft mit viel Finanz- und Versicherungsprodukten aber ohne Innovationskraft.

Ist den Menschen vor allem aber der Politik noch bewusst, dass die Exporte der Industrie zu etwa 50 % unseren Wohlstand und damit überhaupt die Grundlage unserer sozialen Errungenschaften verantworten? Wohl kaum, denn die Industrie wird derzeit auf dem Altar eines zunehmend radikalen Klimaschutzes geopfert. Etwa wenn eine Landesregierung bei Abiturarbeiten die Untergangs-Szenarien einer Lisa Neubauer als Thema vorgibt aber Deutschlands



Elektro Scharmann



„Eine Ausbildung mit Zukunft?“

Na, mit SICHERHEIT!“

Jetzt bewerben:
www.scharmann-elektro.de



 CDU

Mitmachen.

Und Mitglied werden!



Vorreiterrolle im Klimaschutz keine Erwähnung findet. Wer sieht den Zusammenhang zwischen industrieller Innovationsführerschaft und sozialen Errungenschaften, wenn politisierte Kirchen selbst extremste „Klimaprognosen“ der „Letzten Generation“ für bare Münze nehmen und Katastrophenszenarien ausmalen, die Angst machen. Politik und Kirche sollte der Jugend Angst nehmen und nicht Angst machen. Denn

ängstliche Forscher/innen und Arbeitnehmer/innen werden später niemals die Kraft für notwendige Klima-Innovationen mit dem Mut für marktwirtschaftliche Lösungen haben.

Anstatt sich aber mit Mut und Zuversicht für Klimaschutz und Klimaanpassung zu engagieren, entsteht eine denkwürdig pessimistische Zukunftsallianz. Denn eins haben Klimaleugner, die letzten Generationen und die Zeugen Jehovas gemeinsam: Eine extrem pessimistische Sichtweise auf die Zukunft. Wer so Angst macht, will gar nicht argumentieren. Es geht darum, Kinder und Erwachsene gefügig zu machen - für ihre Weltsicht.

In weiten Teilen der Politik fällt das Spiel mit der Angst auf fruchtbaren Boden, bestätigt es doch eigene politischen Zielsetzungen. So in Brüssel: Anstatt die wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes technologieoffen zu betonen und auch EU-Gelder für Klimaanpassung bereit zu stellen, arbeiten zu EU-Kommissionsbeamten verwandelte ehemalige Klimaaktivisten, EU-Kommissare und NGOs zusammen und versuchen, radikale Bevormundungs-Gesetzgebung durchzudrücken.

Ursula von der Leyen setzt mit dem Green Deal das richtige Ziel Klimaneutralität bis 2050, hatte bei den Mehrheitsverhältnissen der 27 Kommissare aber keine wirkliche Handhabe, wenn aus dem bei Gesetzgebung versprochenen „One in One out“ mittlerweile ein „Three in one Out“ geworden ist. Immerhin gelingt es der Kommissionspräsidentin



und dem (kleinen) Team der EVP-Kommissare mit Unterstützung eines zunehmend sensibilisierten Parlaments wichtige Punkte für Technologieoffenheit durchzusetzen, so bei der Taxonomie für Energie oder der Wasserstoffbank für Energieimporte. Auch das mit „Reach“ oder europäischem Bodenschutz weitere Sargnägeln für die Wettbewerbsfähigkeit zunächst nicht eingeschlagen werden, ist auch ihr Verdienst. Große Erwartungen setzt der europäische Mittelstand jetzt auf das für die zweite Jahreshälfte angekündigte „Mittelstandsentslastungspaket“.

Ja, mit Entlastung und ohne Bürokratie schnell nach vorn. 95 % der deutschen Industriebetriebe sagen, dass sie globale Lieferketten nachhaltiger gestalten wollen, aber nur 13 % fühlen sich dadurch am Standort Europa vorbereitet. Mit anderen Worten: Politik muss sich Gesetzgebung konzentrieren, die die Unternehmen mitnimmt, die aus der Krise führt. Das sind neue Handelsverträge, die Europa strategisch unabhängiger machen. Das ist eine Außenpolitik, die stärker die eigenen Interessen wahrnimmt. Das sind Lieferkette und Taxonomie ohne ideologischen Ballast. Das ist eine technologieoffene Energiewende auch mit buntem Wasserstoff und neuen Optionen für Fusion-Kernkraft und Geothermie, das ist synthetische Biologie. Und das sind auf nationaler Ebene Steuererleichterungen und Superabschreibungen für diese Zukunftsinvestitionen.

**Wer so Angst macht,
will gar nicht argumentieren.**

“

Anreize anstatt Zwang. Mut machen anstatt Angst machen. Gerade in Deutschland gelingt es doch in den letzten Jahrzehnten vorbildlich, Wirtschaftswachstum und CO₂-Anstieg zu entkoppeln. Unser Land ist bei den Patenanmeldungen nach den USA immer noch Vizeweltmeister.

Bei den Wasserstoff-Patenten rund um diesen Energieträger der Zukunft ist Deutschland mit 11 % sogar Weltmeister. Mit den dabei global führenden Regionen München und Ruhrgebiet. Das macht Mut. Max Mustermanns Traurigkeit 2050 ist Utopie. Denn seinen Eltern ist es noch gelungen, die Weichen so zustellen, dass Deutschland 2050 moderner Industriestandort und kein Industriemuseum ist. Und im Gewächshaus der Gärtnerei werden schönste Sommerblumen verkauft und nicht die Verfehlungen letzter Generationen beklagt.

Dr. Markus Pieper MdEP
Parlamentarischer Geschäftsführer der
CDU/CSU-Gruppe
www.markus-pieper.eu
europabuero@markus-pieper.eu

Zum Autor:

Dr. Markus Pieper ist seit 2004 Europaabgeordneter für das Münsterland. Er ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand und Berichterstatter für die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (REDIII).



Politik für NRW: Messbar erfolgreich!

CDU-geführte Landesregierung überzeugt Menschen durch Verlässlichkeit und kluges Handeln

Erfolgreiche Politik ist messbar. Dafür gibt es zwei Gradmesser: Einerseits Zahlen, Daten und Fakten, wie eine Regierung die Probleme der Zeit löst und richtungsweisende Projekte auf die Spur setzt. Andererseits sind Zustimmung und Vertrauen durch die Wählerinnen und Wähler zentrale Indikatoren dafür, wie gut oder wie schlecht eine Regierung für die Menschen arbeitet. Unsere CDU-geführte Landesregierung in NRW jedenfalls „liefert“, gibt den Menschen in unserem Bundesland durch eine umsichtige, kluge und besonnene Politik Sicherheit.

Und das ohne großes Getöse oder gar lauten Streit unter den Koalitionspartnern. Genau das ist in Krisenzeiten wichtig: Nicht mit sich selbst beschäftigen, sondern alle Kraft für die Menschen und ihre Probleme, Sorgen und für unser aller Zukunft verwenden! Halt, Sicherheit und Perspektive geben – das ist unser Job! Die NRW-Koalition unter unserem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst arbeitet nicht nur akribisch und in vollem Umfang all das ab, was wir den Menschen vor der Wahl versprochen und zugesagt haben. Nein, unter Führung der CDU leistet sie obendrein im Management der großen Krisen hervorragendes, ist ein fürsorglicher und verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für Institutionen, für Vereine und Verbände, für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft in NRW insgesamt.

“
Unsere CDU-geführte Landesregierung liefert!

”

Die Menschen in NRW wissen um diese Leistung, anerkennen und honorieren das! Ablesbar ist dies in harten Zahlen. Beispiel: Die aktuelle November-Umfrage des WDR, der die Arbeit jeder Regierung ja von Hause aus kritisch begleitet, zeigt dies eindrucksvoll. Während die Opposition – gerade SPD und FDP - in NRW weiter und weiter an Boden verliert, steigen die Zustimmungswerte für unsere NRW-Landesregierung weiter an! Unsere NRW-Koalition mit CDU und Grünen legte allein dort satte 5 Punkte zu. Und das in einer Zeit, die von weiteren Krisen und Kriegen bestimmt wird. Krisen und Kriege, wie wir es seit Gründung der Bundesrepublik mit direkten Auswirkungen für uns alle so noch nicht erlebt haben.

Im krassen Gegensatz zur Erfolgsgeschichte der NRW-Landesregierung und ihrer Politik der Verlässlichkeit steht die Bilanz der Bundesregierung: Die Ampelparteien fallen nicht nur in Umfragen ins Bodenlose. Sie werden auch bei Wah-

len beispiellos abgewatscht. Kein Wunder: Zoff, Zank und Zaudern sind Merkmale der Ampel-Männer und -Frauen. Kein Wunder auch, dass am Ende da von ihren eigenen politischen Vorhaben nichts übrig bleibt; geschweige denn, dass sie die großen Krisen auch nur ansatzweise in den Griff kriegen.



Dietmar Panske

Fotos Landtag NRW

“
Die Zahlen müssen runter – sofort!

”

Nehmen wir das Mega-Beispiel illegale Migration: Die Berliner Ampel hatte weder Konzepte gegen die massenhafte illegale Zuwanderung, noch wollte sie den Kommunen vor Ort ausreichend Geld und Sachmittel in die Hand geben, damit sie nicht auf dem Rücken der Bürger und der Migranten das Versagen der Ampel in unseren Städten und Gemeinden ausbaden müssen. Erst der Druck der Bundesländer – allen voran natürlich NRW mit Hendrik Wüst – sorgte Anfang November dafür, dass jetzt wenigstens etwas Bewegung in die Sache und etwas mehr Geld vom Bund in die Regionen kommt. Damit ist sicherlich ein erster Schritt in die richtige Richtung erfolgt, aber der große Wurf ist leider ausgeblieben. **Denn das Entscheidende ist, dass die Zahlen der zu uns kommenden Menschen kurzfristig runter müssen. Und ob diese mit den beschlossenen Maßnahmen tatsächlich möglich ist, da steht ein großes Fragezeichen hinter. Beispielwei-**





Fotos Landtag NRW

se gab es keine Beschlüsse zur Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer und wichtige Ansätze, wie die Durchführung von Asylverfahren außerhalb der EU, sind mittels Prüfaufträge auf die lange Bank geschoben worden, da den Ampel-Parteien die Einigkeit fehlt, hier gemeinsam nach vorne zu gehen.

“ Fest an der Seite unserer Kommunen und der Menschen vor Ort steht dagegen mit Rat, Tat und Geld unsere Landesregierung. ”

Fest an der Seite unserer Kommunen und der Menschen vor Ort steht dagegen mit Rat, Tat und Geld unsere Landesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Mit einem milliardenschweren Sondervermögen unterstützt die CDU-geführte Landesregierung unserer Städte und Gemeinden, hilft mit Landes-Liegenschaften und mit der Schaffung von verbesserten Unterstützungsstrukturen. Zuletzt bewilligte NRW weitere 808 Millionen Euro zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge für unsere Kommunen. Allein im Kreis Coesfeld ergibt



sich daraus eine Zuweisung von über zehn Millionen Euro. Aber, es geht nicht nur ums Geld, auch um Perspektive: NRW macht beim Bund unerbittlich Druck, dass mehr und schneller abgeschoben werden kann, dass von vornherein illegale und perspektivlose Zuwanderung bereits an den Außengrenzen verhindert wird. Gute Politik, Schlechte Politik – die Bilanz in 2023 kann kaum unterschiedlicher sein im Vergleich zwischen dem (Erfolgs-) Land NRW und dem Versagen der Ampel im Bund.

Zumal die Bürger die Verlässlichkeit und die Wirkung der Politik unserer Landesregierung auch an allen anderen Politikfeldern ganz direkt abmessen können. Noch ein Beispiel: die Straßenausbaugebühren, die wir jetzt abschaffen! Gerade ältere Grundstückseigentümer und junge Familien – auch hier in Senden – wussten zuvor oft nicht, wie sie die zum Teil 5-stelligen Summen bei einem Straßenausbau vor ihrer Haustür stemmen sollten. Diese Existenzsorgen nehmen wir ihnen jetzt. Endgültig! Damit der Einzelne nicht für die Allgemeinheit überfordert wird. Auch das haben wir versprochen – und gehalten!

Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen: von mehr Geld für Kitas bis hin zur Sicherung unserer Energiesicherheit, von mehr Investitionen in die Polizei für unsere Sicherheit und Ordnung bis hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, die sichere Jobs und eine starke Ökonomie ebenso fördert wie auch die notwendige Ökologie. Fakten einer besseren Politik – Fakten unserer NRW-Zukunftscoalition!

Detaillierte Infos zu den vielen Erfolgfeldern unserer Landespolitik gibt es auf meiner Internetseite oder meinen social media-Kanälen!

Sollten Sie Fragen zu bestimmten Themen haben, dann sprechen Sie mich gerne an!

Ich freue mich schon auf den Austausch mit Ihnen.

*Herzliche Grüße
Ihr Dietmar Panske MdL*

Ampel-Bilanz: Viel Streit, wenig Taten

Halbzeit der Ampel: In zwei Jahren Rot-Grün-Gelb gab es mehr Streit als Taten. CDU und CSU als konstruktive Opposition setzen dagegen mit konkreten Vorschlägen, gerade bei zwei Kernthemen: Wir wollen Migration besser steuern, Unternehmer entlasten und auch dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Geld im Portemonnaie haben, betont der Bundestagsabgeordnete Marc Henrichmann. Ein Thema allerdings überschattet auch für ihn die tagespolitischen Diskussionen: Die Angriffe der Hamas auf Israel und die Folgen.

Wir verurteilen den abscheulichen Terror der Hamas und wir stehen ganz klar an der Seite Israels. Das Land ist umgeben von Nachbarn, die ihm sein Existenzrecht absprechen, die es zerstören wollen. „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“, das hört sich abstrakt an. Für uns heißt das konkret: Die israelische Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt leben zu können. Und der Staat Israel hat ein völkerrechtlich verbrieftes Recht, sich gegen Terror zu verteidigen. Dabei kann sich Israel auf unseren Beistand verlassen.

Die Folgen des von der Hamas angezettelten Kriegs haben schnell Deutschlands Straßen erreicht. Unerträglich sind Szenen von Feiernden, die brutalste Morde bejubeln und zur Vernichtung Israels aufrufen. Unerträglich auch, wenn Demonstranten ein „islamisches Kalifat“ in Deutschland fordern. Das hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun, sondern muss strafrechtlich geahndet werden. Für mich steht fest: Nichtdeutsche Staatsbürger, die rechtskräftig verurteilt werden, müssen möglichst des Landes verwiesen werden.

Denen helfen, die Hilfe brauchen: So steuern wir Zuwanderung

Migration ist aber nicht nur wegen solcher abstoßender Bilder das Thema, das viele Menschen auch im Münsterland beschäftigt. Viele Städte und Gemeinden sind überfordert. Der Bund ließ sie viel zu lange vor allem finanziell im Stich und hat sich nun erst langsam, auch auf Druck der CDU-Ministerpräsidenten, bewegt. Neben an in Nottuln zum Beispiel muss schon eine Turnhalle für die Unterbringung Geflüchteter genutzt werden. Integration ist kaum zu schaffen, wenn es an Kindergartenplätzen und Sprachkursen fehlt, wenn ehrenamtliche Kräfte überfordert sind.

Mehrmals habe ich mit Vertretern der Flüchtlingsinitiativen gesprochen. Der Vorsitzende der Flüchtlingshilfe Senden hat die Probleme immer wieder klar benannt, kürzlich auch in den Westfälischen Nachrichten: Er konstatiert „prekäre Zustände multinationaler Enge“, weil Unterkünfte fehlen. Dazu kommen Sprachbarrieren, fehlende berufliche Qualifikationen und eine schleppende Bürokratie. So muss Integration scheitern. „Wir können den einzelnen Menschen nicht mehr wahrnehmen, ein Stück Menschlichkeit geht

verloren“, wird der Vorsitzende zitiert. Er hat recht. Deshalb: Wenn wir unserer humanitären Verpflichtung nachkommen wollen, denen zu helfen, die Hilfe brauchen, müssen wir Zuwanderung endlich besser steuern und begrenzen.

Dazu haben CDU und CSU immer wieder Vorschläge vorgelegt, um die unkontrollierte Migration nach Europa zu stoppen. Zum Beispiel stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz, so wie sie sich an der Grenze zu Österreich bewährt haben. Bis Mitte Oktober hat es gedauert, dann hat sich Innenministerin Faeser endlich bewegt. Warum nicht gleich so? Die Bundespolizei kann nun leichter Schleuserbanden ihr Handwerk legen und diejenigen an einer illegalen Einreise hindern, die schon in einem anderen Land als Asylbewerber registriert sind.

Wer kein Recht hat, in Deutschland zu bleiben, sollte unser Land auch wieder verlassen. Deshalb ist es natürlich richtig, wenn die Ampel Abschiebungen beschleunigen will.

“

**Dabei kann sich
Israel
auf unseren
Beistand verlassen**

”

Doch was sie vorhat, wird nicht reichen. Es fehlt an Rückführungsabkommen mit Ländern, die die Ausreisepflichtigen aufnehmen. Viele werden als Staatenlose gar nicht abgeschoben werden können. Meine Befürchtung: Was die Bundesregierung beschlossen hat, ist weitgehend wirkungslos.

Keine falschen Anreize setzen und die zu uns holen, die uns weiterhelfen

Wir müssen viel mehr dafür tun, dass Menschen ohne Bleibeperspektive sich gar nicht erst auf den Weg nach Europa und Deutschland machen. 200.000 Geflüchtete sind in den ersten acht Monaten zu uns gekommen – so viel wie zwei Großstädte. CDU und CSU haben einen eigenen „Deutschland-Pakt – Irreguläre Migration stoppen“ vorgelegt. Wir wollen darin unter anderem die Liste der sicheren Herkunftsländer erweitern. Wie kann es sein, dass die EU-Beitrittskandidaten Moldau und Georgien noch nicht als solche gelten?

Auch Asylbewerber aus Indien, Tunesien, Marokko und Algerien werden so gut wie nie anerkannt, weil dort keine Verfolgung droht.

Wir müssen unsere EU-Außengrenze besser schützen. Wir haben dazu in Europa einen Kompromiss gefunden, davon darf Deutschland keine Abstriche machen wollen. Zudem brauchen wir die Möglichkeit, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchzuführen. Wir müssen aber auch damit aufhören, weiter falsche Anreize für Migration nach Deutschland zu setzen. Es ist Fakt, dass die Sozialleistungen bei uns höher sind als in anderen europäischen Ländern.



Foto: Büro Marc Henrichmann

Damit ziehen wir Migranten an. Eine Geldkarte für Asylbewerber statt Bargeld wäre ein sinnvoller Schritt.

In Unternehmen höre ich es immer wieder: Es fehlen nicht nur Fach-, sondern auch Arbeitskräfte. Eine „Beschäftigungsduldung“, wie von der Ampel geplant, hilft nicht, sondern setzt nur weitere falsche Anreize. Wir müssen trennen zwischen humanitärem Asyl und Fachkräftezuwanderung. Wenn die Bundesregierung beides miteinander vermischt, wird sie irreguläre Zuwanderung weiter befördern und unsere Fähigkeit zur Integration weiter überfordern. Richtig wäre eine eigene Agentur für die Fachkräfteeinwanderung, die Wege abkürzt und Verfahren beschleunigt – das wäre im Sinne unserer Unternehmer. Die Ampel hat also noch einigen Nachholbedarf – was nicht zuletzt daran liegt, dass es den Grünen schwer fällt, Realitäten anzuerkennen.

Weniger Belastung, mehr Geld im Portemonnaie: Pakt für Wachstum und Wohlstand

Vor einer weiteren Herausforderung verschließt die Ampel die Augen. Mit ihrem Streit und darauf folgendem Hick-Hack in der Förderpolitik und einem unausgegorenen Heizungsgesetz hat sie die Menschen und unsere Wirtschaft verunsichert. Die Produktion unserer energieintensiven Industrien ist 2022 um 20 Prozent zurückgegangen. Auch Nachhaltigkeitsziele erreichen wir aber nur mit einer starken Industrie.

Die Union schlägt deshalb einen Pakt für Wachstum und Wohlstand vor. Darin fordern wir ein Belastungsmoratorium und Maßnahmen, die spürbar von Bürokratie entlasten. Was heißt das konkret? Zum Beispiel setzt Deutschland beim EU-Recht immer noch einen drauf. Dabei reicht es, wenn wir EU-Standards eins zu eins umzusetzen und wir nicht immer wieder darüber hinaus regulieren. Verzichtet wir auf neue Belastungen, Auflagen und Berichtspflichten!

Energie ist zu teuer, das merken viele bei ihren Gas- und Stromrechnungen. Sie muss günstiger werden – für Unternehmer und für Verbraucher. Das schaffen wir, wenn wir die Stromsteuer reduzieren und die Netzentgelte halbieren. Wer die Positionen auf seiner Stromrechnung prüft, wird merken: Das bringt eine spürbare Entlastung. Wir müssen das Energieangebot erweitern und nicht, wie die Ampel,

das Angebot verknappen. Wir müssen deshalb nicht nur erneuerbare Energien schneller ausbauen, sondern auch Gaskraftwerke und die Netze. Damit die Energie auch da ankommt, wo wir sie brauchen. Zumindest sollten wir überlegen: Können wir die in diesem Jahr abgeschalteten Kernkraftwerke noch nutzen?

Für faule Kompromisse sind wir nicht zu haben

“ Auch Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen. Die Union will eine Belastungsbremse für Bürger und Unternehmen und dazu die Sozialabgaben bei 40 Prozent deckeln. Vielen wird aktuell mehr als diese 40 Prozent vom Lohn für Kranken- und Pflegeversicherung sowie Rente abgezogen. Der

Kanzler spricht viel von Zeitenwenden und einem Deutschlandpakt. Entscheidend ist, dass seinen Ankündigungen Taten folgen. Die Union ist zur konstruktiven Mitarbeit bereit. Aber es muss sich wirklich etwas bewegen – für faule Kompromisse sind wir nicht zu haben.

Marc Henrichmann

marc.henrichmann@bundestag.de



Foto Archiv Schloss Senden

Über 800.000 Euro Bundesmittel für Schloss Senden

Abgeordneter Marc Henrichmann unterstützt Förderanträge

Auch in Berlin ist angekommen, was auf und für Schloss Senden geleistet wird – das liegt nicht zuletzt am Bundestagsabgeordneten Marc Henrichmann. Er hat immer wieder an den richtigen Stellen für die Restaurierung und die Projekte geworben. So kamen seit 2020 mehr als 800.000 Euro Denkmalschutz-Fördermittel des Bundes zusammen.

„Es gilt, in Berlin dicke Bretter zu bohren“, sagt der Parlamentarier. Denn die Denkmalschutz-Förderprogramme sind meist deutlich überzeichnet. Sprich: Die Nachfrage nach einer Förderung ist weitaus höher als die zur Verfügung stehenden Mittel. Dennoch flossen 2020 bereits 350.000 Euro für die Restaurierung des Schlosses Senden. Auch 2022 kam das Schloss zum Zuge. 455.000 Euro gab es für die Außenrestaurierung des Herrenhauses.

Henrichmann ist immer wieder vor Ort, tauscht sich mit Dr. Franz Waldmann und Dr. Martina Fleßner, Vorsitzender und Geschäftsführerin des Vereins Schloss Senden, aus. „Hier wird hervorragende Arbeit geleistet“, betont er. Und dies sei auch ein Grund dafür, dass der Bund Förderanträge bewilligt. „Wichtig ist, dass es ein gutes Konzept gibt, dass ein Denkmal mit Leben gefüllt wird“, erläutert der Abgeordnete. Genau das sei beim Schloss Senden eindrucksvoll der Fall.